:antifaschistische nachrichten

Nr. 2

g 3336 17.1.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Jahreswechsel mit rechter Gewalt

In der Neujahrsnacht haben an mehreren Orten rechtsextreme Jugendliche randaliert: In Vetschau (Oberspreewald-Lausitz) überfielen mehrere den Probenraum der Punkband „Warndreieck“. Die Angreifer haben dabei zwei Fenster eingeworfen. In Beelitz wurde in der Neujahrsnacht ein Jugendklub mit Hakenkreuzen, SS-Runen und Nazi-Parolen beschmiert. In Lauchhammer (Oberspreewald-Lausitz) riefen Jugendliche „Juden raus“ und hantierten laut Innenministerium mit „pistolenähnlichen Gegenständen“. Ein 19-Jähriger schlug Silvester in Walsleben (bei Neuruppin) einem dunkelhäutigen Jugendlichen ins Gesicht. Am Neujahrstag rief der Täter „braunes Arschloch“ und „Niggervater“, als er wieder auf den Jugendlichen traf, der in Begleitung des Lebensgefährten seiner Mutter unterwegs war. Das Amtsgericht Neuruppin verurteilte den 19-Jährigen inzwischen schon zu zwei Wochen Dauerarrest. In Premnitz zog bereits weit vor Mitternacht eine 15 köpfige, größtenteils namentlich und einschlägig wegen Gewaltdelikten bekannte, Gruppe Rechtsextremisten durch den Ort, bewarf vorbeifahrende PKWs mit Knallkörpern und Ähnlichem; Jugendliche wurden attackiert, weil sie keine Böller rausrücken wollten. Später wurden dann 10 linksorientierte Jugendliche mit Böllern und Raketen angegriffen. Gegen 1Uhr griffen vier namentlich bekannte Täter aus der Nazi-Gruppe einen linksorientierten Jugendlichen und dessen Begleiter an. Ohne Warnung schlugen und traten die vier mit Fäusten und Schuhen auf eines der beiden Opfer ein. Außerdem zerschlug einer der Tatbeteiligten einen Knüppel auf dem Kopf des selben Opfers, das mit dem Krankenwagen zur Rettungsstelle gebracht werden musste.

nach Infotelefon Garfield 06272-3559, www.infoladen-moskito.de ■

Aus dem Inhalt:

Fragen an die ärztliche Ethik 6

2001: weltweit 46 kriegerische Auseinandersetzungen 8

Fotos: Jörn Neumann, Version

Köln-Longerich, die Dritte...

Köln. Alle paar Monate scheint die „Bürgerbewegung Pro-Köln“ nun einen Aufmarsch durchzuführen. „Mehrere hundert Pro-Köln-Anhänger und Bürger aus dem Kölner Norden“ hatte Organisator Manfred Rouhs (früher DLHV und immer noch Herausgeber von „Signal“) erwartet. „Bürger“ kamen auch diesmal nicht und zahlenmäßig schlug der Samstagstermin auch nicht zu Buche: Mit 70 bis 80 Neonazis, darunter wieder etliche aus den „Freien Kameradschaften“ NRWs, sammelten sich kaum mehr als beim letzten Mal auf dem Altonaer Platz.

Seit Jahren nun schon versucht Manfred Rouhs sich den Anstrich des konservativen Biedermanns zu geben, bislang ohne Erfolg. Die unter „Pro-Köln“ firmierenden Aufmärsche in Longerich gegen den sog. „Drogenstrich“ erfreuen sich fast ausschließlich der Resonanz aus dem Lager der militanten Faschisten aus den „unabhängigen Kameradschaften“, angereist aus ganz NRW. Nicht dass diese Kreise aus ideologischen Gründen unerwünscht wären, das Problem liegt woanders. In der neuesten Ausgabe von Rouhs’ Zeitschrift „Signal“ finden sich hierzu interessante Einlassungen. Unter dem Titel „Von Troublemakern und Problemlösern“ erörtert ein anonymer Schreiber „...die Bedeutung von Kleidung, Sprache und der Wahl der richtigen Themen für die Teilnehmer politischer Auseinandersetzungen“. Neben der zu erwartenden Verballhornung des politischen Gegners werden Fehler auch bei der eigenen Klientel benannt. „Normal ist Top, alles andere ist Flop“, heißt es in dem Artikel. Dass am Samstag ein Teilnehmer wegen Zeigen des Hakenkreuzes verhaftet wurde, war wohl nicht so „top“.

Der Trend auf Themen aufzuspringen, die von reaktionären/konservativen Kreisen aufgeworfen werden, scheint sich insgesamt immer größerer Beliebtheit zu erfreuen. Wollten die Pro-Nasen schon mit der sog. Bürger-Kfor gegen Forensik und Flüchtlingsunterbringung in Köln-Porz demonstrieren, ist jetzt auch das „Bündnis für Deutschland“ auf diesen Zug aufgesprungen. Nachdem eine „Initiative für mehr Ruhe in der Altstadt“ Gegenkundgebungen während des Christopher-Street-Day-Straßenfestes anmeldete, kündigte das „Bündnis für Deutschland“ an, es werde an den Kundgebungen teilnehmen und „gegen Schweinskram, Unkultur und Ekelhaftigkeit vorgehen“. Die Initiative hat daraufhin auf ihre Aktion verzichtet.

Antifaschisten waren am Samstag mehrere Hundert vor Ort. Ein massives Polizeiaufgebot verhinderte zwar ein Aufeinandertreffen. Immer wieder wurden aber kurzfristig Straßenkreuzungen blockiert, so dass der gespenstische Fackelzug ziemlich schnell in menschenleere Straßen verschwand. *CHR, u.b.* ■

Schily streitet mit Neonazis um Internet-Seite

HAMBURG/BERLIN. Bundesinnenminister Otto Schily streitet mit dem US-Neonazi Gary Lauck um Namensrechte im Internet. Dabei geht es nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Spiegel“ besonders um die Internet-Domain www.bundesinnenministerium.com, die von Lauck reserviert wurde und für rechtsextreme Propaganda benutzt wird. Vor der UN-Schlichtungsstelle für Netzstreitigkeiten (Wipo) wolle Schily die Domain nun Lauck streitig machen. Eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums bestätigte den Konflikt um die Domain, der allerdings schon auf das Jahr 2000 zurückgehe. Richtig sei auch, dass die Anrufung der in Genf ansässigen Wipo erwogen werde. Parallel werde aber auch auf anderem Weg versucht, Lauck die Namensrechte streitig zu machen. ■

Bundeswehr-Major muss sich entschuldigen

BERLIN. Am 20. Juli 2000 war das Areal um den Bendlerblock der Bundeswehr zur Sondernutzung überlassen worden, um dort abends ein Rekrutengelöbnis zu zelebrieren. Trotzdem legte die Kampagne gegen Wehrpflicht einen Kranz zu Ehren des konsequenten Widerstands gegen den Krieg nieder. Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, hielt die Ansprache. Diese Ehrung wurde von zahlreichen Feldjägern überwacht. Dabei bezeichnete der verantwortliche Offizier der Feldjäger, Major Dirk R., Ludwig Baumann im Anschluss an die Gedenkveranstaltung als einen „Straftäter“. Trotz mehrmaliger Aufforderung Ludwig Baumanns und von Mitarbeitern der Kampagne nahm der Offizier seine beleidigende und kränkende Äußerung nicht zurück. Ludwig Baumann erstattete daraufhin Strafanzeige.

Die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär ehrt seit Jahren am 20. Juli in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand mit einer Kranzniederlegung den Widerstand von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern, gegen die die NS-Militärjustiz 46.000 Todesurteile verhängte, von denen über 20.000 vollstreckt wurden. Einer von ihnen war Ludwig Baumann, der 1942 wegen „Fahnenflucht“ zum Tode verurteilt und anschließend zu zwölf Jahren Zuchthaus begnadigt und im Wehrmachtsgefängnis Torgau inhaftiert wurde. Der Widerstand von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern gegen den verbrecherischen Angriffskrieg wird bei den alljährlichen staatlichen Feiern am 20. Juli völlig ausgeblendet. Der Kranz mit der Aufschrift „Den Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern – Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ ist bereits am Tag der Ehrung heimlich vom Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand entfernt worden.

Gegen 500 Euro, zahlbar an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, stellte das Berliner Amtsgericht am 10. Januar jetzt das Verfahren gegen den Major ein. Die Richterin verlangte lediglich, dass er sich für seine Äußerung entschuldigt. Baumann hatte – wie er betonte – die Anzeige auch im Namen der von der Wehrmachtsjustiz zum Tode verurteilten Kameraden erstattet. Er kritisierte erneut, dass sich die Bundestagsmehrheit trotz rot-grüner Versprechungen noch immer nicht zur Aufhebung der Unrechtsurteile „ohne Wenn und Aber durchgerungen hat“.

PM Kampagne gegen Wehrpflicht, ND, FR 11.1.02. ■

Skandalöse Planstellenpolitik im Bundeskriminalamt

BERLIN. Obwohl die Zahl rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten in den letzten Jahren ständig drei bis vier Mal so groß war wie die im Bereich Linksextremismus, waren im Bundeskriminalamt ständig weit mehr Beamte mit Ermittlungen im Bereich „Linksextremismus“ beauftragt als gegen Neonazis. Diese skandalöse Bagatellisierung rechter Gewalt geht aus der jetzt vorliegenden Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS hervor. Im einzelnen:

● In den Jahren 1991 bis 1994 waren im BKA im Bereich „Linksextremismus/-terrorismus“ 183 Beamte eingesetzt, im Bereich „Rechtsextremismus/-terrorismus“ dagegen nur 20 Beamte. Für die gleichen Jahre beziffert das BKA die Zahl der Straftaten von Neonazis auf 14.335, im Bereich Linksextremismus dagegen auf 7.809. Umgerechnet auf die von jedem Beamten zu bearbeitenden Straftaten bedeutet das: auf je 43 Straftaten mutmaßlicher Linksextremisten in diesen drei Jahren kam im BKA ein zuständiger Beamter. Bei Neonazis dagegen hatte jeder BKA-Beamte im gleichen Zeitraum 717 Straftaten zu bearbeiten. Beamte im Bereich Rechtsextremismus hatten also bis 1994 im Schnitt 17 Mal so viele Straftaten zu bearbeiten wie ihre Kollegen der Abteilung Linksextremismus.

● Von November 1994 bis April 2000 waren im BKA 100 bis 110 Beamte zur Verfolgung von Linksextremismus eingesetzt, nur 50 bzw. 60 Beamte gegen Neonazis. Auch hier zum Vergleich die Zahl der Straftaten 1995 bis 1999: 31.606 Straftaten von Neonazis, 10.369 im Bereich „Linksextremismus“. Umgerechnet heißt das: In den vier Jahren 1995 bis 1999 bearbeitete jeder Beamte der Abteilung „Rechtsextremismus“ 527 Straftaten. Sein Kollege im Bereich „Linksextremismus“ hatte im gleichen Zeitraum nur mit 94 Straftaten zu tun. Pro Straftat ermittelten in diesen Jahren also fast sechs Mal so viele BKA-Beamte gegen Linke wie gegen Neonazis.

● Seit April 2000 sind beide Abteilungen zusammengefasst. Doch die Bagatellisierung rechter Gewalt und die Aufbauschung der Gefahren von links geht auch heute noch weiter. Derzeit sind nach Angaben der Bundesregierung beim BKA 40 Beamte mit Analyse und Auswertung im Bereich Rechtsextremismus beauftragt, nur noch 20 Beamte analysieren linke Gewalt. Gleichzeitig meldet das BKA im Bereich politisch motivierter Gewalt für 2001 bisher 13.071 Straftaten von Neonazis gegenüber 3.349 von mutmaßlichen „Linksextremisten“.

Pro Straftat werden also auch unter Schily immer noch doppelt so viele BKA-Beamte gegen mutmaßliche „Linksextremisten“ eingesetzt wie gegen Neonazis. *PM Ulla Jelpke* ■

DFB-Sportförderverein zieht Unterstützung zurück

BERLIN. Die Ausstellung „Tatort Stadion“, die jetzt in Hamburg im DGB-Haus im Besenbinderhof gezeigt wird, muss ohne die finanzielle Unterstützung des DFB-Sportfördervereins auskommen. Die Ausstellung beinhaltete bei ihrer Eröffnung in Berlin (s. AN 1-02) eine Tafel, die auch Aussagen des DFB-Präsidenten Mayer-Vorfelder enthielt, so z.B. den Satz: „Die Chaoten in Berlin, in der Hafenstraße in Hamburg und in Wackersdorf springen schlimmer herum als die SA damals“.

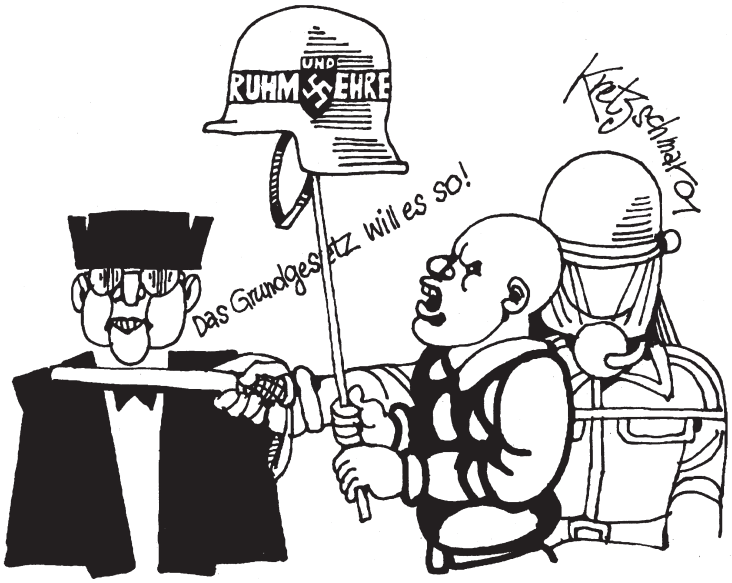
Das Angebot an den DFB, eine eigene Tafel zur Selbstdarstellung der Ausstellung hinzuzufügen, wurde abgelehnt, stattdessen die Aussteller aufgefordert, die Tafel zum DFB abzuhängen. Für Hamburg wurde die Tafel überarbeitet und enthält nun Mayer-Vorfelder Zitate, die sowohl aus dessen Zeit als CDU-Politiker stammen als auch aktuelle Aussprüche wie seine Aussage gegenüber dem Stern Anfang 2001 „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ und ein Zitat aus der Berliner Fußball-Woche vom Oktober 2001: „Wenn beim Spiel Bayern gegen Cottbus nur zwei Germanen in den Anfangsformationen stehen, kann irgend etwas nicht stimmen.“

Die Förderung wurde zugesagt, als der DFB die Ausstellung noch nicht gesehen hatte. „Die fehlenden gut 5100 Euro werden nun notgedrungen aus einem übergeordneten Topf unseres europaweiten Netzwerks Football Against Racism

in Europe (FARE) fließen“, so Gerd Dembrowski, einer der Ausstellungsmacher, in einem Interview mit der jungen Welt vom 22.1.02. In Hamburg hat der HSV seine Teilnahme an der Eröffnung abgesagt. *u.b.* ■

Nazidemo ausgefallen

PADERBORN. Die von einer „Initiative der weißen Art“ unter dem Motto „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ für den 5. Januar angemeldete Demonstration in Wewelsburg bei Paderborn ist nach einem letztinstanzlichen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ausgefallen. In Wewelsburg unterhielt die SS eine Eliteschule und ein KZ. Antifaschistische Gruppen demonstrierten dennoch am Sonnabend gegen Aktivitäten der örtlichen Neonaziszene. ■



„Der Euro wird uns in die Katastrophe führen“

Bolko Hoffmann, Herausgeber des Effecten-Spiegels, der mit seiner nationalliberalen Spekulantenpartei „Pro DM“ bei den letzten Bundestagswahlen scheiterte und sie inzwischen auch zu Grabe trug, meldet sich mit einer Anzeigenkampagne in den überregionalen Zeitungen und Zeitschriften zurück. Wieder wird die Horrorvision eines bankrotten Deutschland vor Augen geführt, dass demnächst den „südeuropäischen Schwachländern“ Subventionen zahlen muss, weil die neue Währung für diese zu „hart“ sein. Genau dies sei in Argentinien passiert. Nach Einführung der harten Währung US-Dollar sei Argentinien mit Waren aus südamerikanischen „Weichwährungsländern“ überschwemmt worden und nun bankrott. Hoffmann empfiehlt daher: „Retten Sie Ihr Geld durch Investitionen in erfolgreiche Aktien bei den jetzt günstigen Kursen!“ Er räumt ein, dass Anleger in den letzten Monaten viel Geld an der Börse verloren haben, das könne ihnen aber nicht passieren, wenn sie sein hervorragendes Börsenjournal, den „Effecten-Spiegel“ abonnieren. Hoffmann ist also zu seinen alten Geschäften zurückgekehrt. Auf eine Anzeige in der „Jungen Freiheit“ scheint er diesmal verzichtet zu haben. *u.b.* ■

Neonazis gegen Wehrmachtsausstellung

BIELEFELD. Anlässlich der Wehrmachtausstellung in Bielefeld mobilisieren NPD und NW bundesweit nach Bielefeld. nach den Erfahrungen von Berlin sind demnach vierstellige Nazizahlen für den 2. Februar zu erwarten.

Seit kurzem findet sich auf der bundesweiten NPD-Seite www.npd.net unter „TERMINE“ ein Aufruf zum Aufmarsch am 2.2. in Bielefeld. Gleich darunter erscheint eine Liste von Telefonnummern, die Fahrgemeinschaften organisieren wollen. 30 Städte im ganzen Bundesgebiet sind dort aufgelistet. Als Aufrufer bekennen sich NPD und Nationaler Widerstand Nordrhein-Westfalen gemeinsam. Ais Redner sind angekündigt „Holger Apfel (stv. NPD-Vorsitzender), Karl Lang (Erlebnisgeneration), Friedhelm Busse und Hartmut Wostepatsch“.

Die Mobilisierung zu Gegenaktionen wurde vom Antifa-Bündnis Bielefeld bisher landesweit und Richtung Norddeutschland vorgesehen. Aufgrund der Lage sieht das Bündnis das jetzt anders: „Offensichtlich sind wir auf Unterstützung aus dem gesamten Bundesgebiet angewiesen, um die Nazis fix zurück in ihre Busse treiben zu können. Wir bemühen uns, die Mobilisierungsarbeiten entsprechend auszuweiten, brauchen aber gerade überregional dabei tatkräftige Unterstützung.“ Kontakt kann über die Web-Adresse unter http://people.freenet.de/buendnis oder http://nadir.org/kampagne/owl aufgenommen werden.

Antifa-Bündnis Bielefeld ■

Trier stellte sich quer

TRIER. 150 Mitglieder und Anhänger der NPD sind am Samstag, dem 29. Dezember durch Trier marschiert, angeblich um für härtere Strafen für Kinderschänder zu demonstrieren. Nach zwei Kundgebungen unter dem Motto: „Trier stellt sich quer“ zogen spontan 300 bis 400 DemonstrantInnen zum Bahnhof – dem Treffpunkt der Nazis –, um diesen zu blockieren. Mit einer knappen Stunde Verspätung konnte sich der NPD-Zug in Bewegung setzen, nachdem die Polizei eine Gasse frei geschoben hatte. Plakate mit Forderungen wie „Todesstrafe für Kinderschänder“ mussten die Rechten, die aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren, zu Schutzschilden umfunktionieren, da sie unter Schneeballdauerbeschuss standen. Der Demonstrationszug von NPD/JN kroch nun, begleitet von einem Spalier von schnee-, dreck-, und eierwerfenden Menschen, durch Trier. Nach zwei Stunden traten die Faschos wieder die Heimreise an. Auf eine geplante Kundgebung verzichteten sie. Die meist jungen Anhänger aus Kaiserslautern, Saarbrücken, Trier und aus Bayern zogen unter Polizeischutz vor den NPD-Gegnern durch die Straßen der Stadt. *nach Presseberichten – Infotelefon Garfield* ■

Naziaufmärsche am 19.1. verhindern!

LÜDENSCHEID. In Lüdenscheid wollen Neonazis, unter der Federführung der NPD, am 19.1.02 erneut demonstrieren. Unterstützt wird die Demonstration von weiten Teilen der rechtsradikalen,auch gewaltbereiten Szene. Schätzungen gehen von 300 bis 400 Personen (und mehr) aus. Das wäre eine der größten faschistischen Demonstrationen in NRW in den letzten Jahren.

Die antifaschistische Demonstration, die mit einer gemeinsamen Kundgebung der Friedensgruppe und der Autonomen Antifa Lüdenscheid / BgR beginnt, findet am 19.1. um 15.30 Uhr am Sternplatz in Lüdenscheid statt.

Kontakt: Autonome Antifa Lüdenscheid [AAL] / BgR c/o Grünes Büro, Am Ramsberg 44, 58509 Lüdenscheid, Internet: www.antifa-luedenscheid.de.vu, e-mail: autonome-antifa-luedenscheid@web.de ■

SONDERSHAUSEN. Auch in Sondershausen /Thüringen ist am 19.1.2002 ein Naziaufmarsch geplant. Dafür mobilisiert das Nationale und Soziale Aktionsbündnis Westhüringen. Die Demonstration soll unter dem Motto „Für Meinungsfreiheit“ stehen und um 13 Uhr am Kaufland (Einkaufzentrum) losgehen. Der Aufmarsch reiht sich ein in eine Reihe von faschistischen Aktivitäten im Raum Nordhausen/Sondershausen in der letzten Zeit: Am 8.12.2001 marschierten 170 Neonazis fast ungestört mit Hilfe eines riesigen Polizeiaufgebot durch die Nordhäuser City. In der Silvesternacht pöbelten und randalierten Dutzende Faschos in der Stadt und initiierten eine Spontandemonstration in *weiter Seite 4*

das Nordhäuser Plattenbaugebiet. Vor der Kneipe „Odins Keller“ wurde eine Gruppe von Jugendlichen mit Schreckschusspistolen angegriffen. Bei diesem Angriff waren auch Mitglieder des „Nationalen Widerstand NDH“ anwesend. Ein 27jähriger wurde von einem 16jährigen und einem 17jährigem Jungnazi mit einem Messer attackiert und so stark verletzt, dass er operiert werden musste.

Die Stadt hat den Naziaufmarsch erst mal verboten, aber es ist davon auszugehen, dass das Verbot vor Gericht keinen Bestand hat und die Neonazis marschieren werden. Treffpunkt für Antifas ist 13.00 Uhr vor der Pizzeria „Milano“.

email: ajgn@firemail.de
Antifaschistische Jugendgruppe Nordhausen ■

AABA plant Demo gegen Rechts am 16. Februar

Augsburg. Das Antifaschistische Aktionsbündnis Augsburg (AABA) berät seit geraumer Zeit über Aktionen gegen die Untaten der Faschisten im Augsburger Raum (Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in Aystetten, Kranzniederlegung und Absingen der ersten Strophe des Deutschlandlieds am „Heldengedenktag“), gegen das Augsburger faschistische Wahlbündnis, gegen den „Antiterror“-Krieg der Herrschenden – nach außen durch Bombardements und Unterwerfung Afghanistans, Iraks, Somalias... und im Inneren durch die Verabschiedung immer neuer, immer schrankenloserer Gesetzespakete zur Volksüberwachung – und gegen den dazugehörigen Nationalismus. In der letzten Dezembersitzung wurde beschlossen, bis zum 9. Januar den vorliegenden Aufrufentwurf für eine Demo zu überarbeiten und diesen als Flugblatt herauszugeben. Die Demonstration wird am 16. Februar stattfinden. Dort sollen Reden gehalten werden zu den Themen: Gegen die Nazis – ihr Bündnis, ihre Taten; Was bringen die sog. Sicherheitsgesetze? Zur Situation der Flüchtlinge hier; Aktuell zu den Kriegen der Imperialisten. *jol* ■

Fremdenfeindlicher Brandanschlag in Brühl

Brühl/Baden-Württemberg. Am Wochenende 5./6. Januar haben unbekannte Täter an der Eingangstür eines Jeans-Geschäftes in der Innenstadt von Brühl bei Mannheim (Baden-Württemberg) ein Feuer gelegt und die Schaufensterscheiben des Geschäfts mit Hakenkreuzen und fremdenfeindlichen Parolen wie „Ausländer raus“ beschmiert. Das Geschäft wird von einem türkischen Landsmann betrieben. Da das Feuer von selbst wieder erlosch, entstand kein nennenswerter Sachschaden. Der Anschlag wurde am Montag morgen entdeckt, die genaue Tatzeit ist unbekannt.

Die Kriminalpolizei Mannheim hat eine Ermittlungsgruppe eingesetzt, verstärkt durch Beamte des Dezernats Staatsschutz, die die Straftat aufklären soll. Ob sie von Neonazis verübt wurde, ist für die Polizei, trotz Hakenkreuz-Schmierereien und eindeutiger Parolen, nicht erwiesen. „Es könnte sich auch um einen Dumme-Jungen-Streich handeln“, sagte Mannheims Polizeisprecher Volker Dressler. Größere rechtsradikale Vorfälle habe es in der Vergangenheit im Raum Mannheim nicht gegeben, eine organisierte rechtsradikale Szene existiere in der Region nicht, so Dressler.

Dass die Rechtsradikalen im Südwesten Zulauf haben, vermeldet indes der baden-württembergische Verfassungsschutz. Demnach gehören 3680 Menschen im Ländle einer rechtsextremen Partei an, darunter 750 gewaltbereite Skinheads. Die Zahl der von der braunen Szene verübten Körperverletzungen habe sich im Jahr 2000 auf 94 Fälle nahezu verdoppelt. Lag das Land vor Jahren bei rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten auf Platz 13 der Bundesländer, nimmt es inzwischen den zehnten Rang ein. „Baden-Württemberg hat keinen Anlass mehr, sich an die Brust zu schlagen und so zu tun, als sei Gewalt von Rechtsextremisten vorrangig ein Thema des Ostens und Nordens Deutschlands“, warnt denn auch Helmut Rannacher, Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz, vor einer Verharmlosung der brauen Gefahr.

Martin Höxtermann in jW 9.1.02 ■

Gedenktag 27. Januar

Köln. Der Arbeitskreis, der in den letzten Jahren regelmäßig in der Antoniterkirche in der Kölner Innenstadt am 27. Januar eine Gedenk- und Mahnveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismaus organisiert hat, jedes Jahr unter exemplarischer Hervorhebung einer anderen Opfergruppe, wird am Gedenktag im Jahr 2002 die Gruppe der Lesben und Schwulen in den Mittelpunkt stellen.

Zunächst findet eine Veranstaltung in der Antoniter-Kirche statt (Schildergasse, Beginn: 15:00 Uhr), mit Beiträgen von Bürgermeisterin Renate Canisius (SPD), Kordula Völker (Kabarettistin, Journalistin, Autorin), Georg Uecker, (Schauspieler) Zauberflöten (Chor Schwuler Männer), Die Taktlosen (gemischter Chor). Anschließend führt eine Demonstration zum „Mahnmal für die lesbischen und schwulen Opfer des Nationalsozialismus“ im Rheingarten an der Hohenzollernbrücke; dort ab ca. 16.45 Uhr Kranzniederlegung und Beiträge von Edith Müller (Vizepräsidentin des Landtages) und Bodo Busch (AK Lesben und Schwule in Ver.di Köln, zu Motivation und Geschichte des Mahnmales). Ein breites Bündnis lädt zu dieser Veranstaltung ein. ■

Völkischer Kampf gegen zweisprachige Ortstafeln

Österreich. Zu einem Sturm der Entrüstung führte eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, nach der auch in Ortschaften mit weniger als - bisher als Grenze definierte - 25 Prozent Angehörige einer „Minderheit“ zweisprachige Ortstafeln angebracht werden müssen. Zehn Prozent wären bereits ausreichend. Betroffen von der neuen Regelung wäre vor allem Kärnten, da es hier eine starke slowenisch-sprachige „Minderheit“ gibt. Doch dass in dieser Frage nichts geschieht, dafür will Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider sorgen. Und da kann er sich der Unterstützung seiner Landsleute sicher sein: Wurde doch bereits die Umsetzung der alten Regelung von deutschnationalen Kräften schon in den 70iger-Jahren verhindert. Dementsprechend scharf Haiders Reaktionen: Einerseits kündigte er – bar jeglicher gesetzlichen Grundlage – eine Volksbefragung zu der Thematik an, andererseits fordert er die Absetzung des Verfassungsgerichtshofspräsidenten und erklärt, dass auch die bereits bestehenden zweisprachigen Ortstafeln abgebaut werden sollen.

Als die „drei Weisen“ letztes Jahr Österreich besuchten, um sich über die Situation nach der Regierungsübernahme von FPÖ und ÖVP zu erkundigen, rühmte sich Haider noch mit seinem guten Verhältnis zur slowenischen „Volksgruppe“. Dem kritischen Ausland führte er ein potemkinsches Dorf vor und nannte dieses „Kärntner Modell“.

Rosa Antifa Wien,
Quelle: http://derstandard.at ■

Neonazis machen mobil

Aachen. Die Neonazis in der Aachener Region machen grenzübergreifend mobil. Sie zeigen den Hitlergruß, verbreiten Musikstücke, die „Juden in den Ofen“ wünschen, und rufen offen zur Gewalt gegen Andersdenkende auf. Sie machen sich in Jugendzentren und Fußballstadien breit, propagieren ihre braune Gesinnung und träumen von „national befreiten Zonen“. Ihre Protagonisten sitzen in Düren, Langerwehe, Weisweiler, Stolberg, Broichweiden, Herzogenrath, Wassenberg und Heerlen. Sympathisanten finden sich in fast jedem Ort in Stadt und Kreis Aachen, Heinsberg, Düren sowie in Südlimburg. Mit der „Kameradschaft Aachener Land“ und den „Mijnstreekoostskins“ haben sich regionale Neonazistrukturen entwickelt, die fernab von klassischen Parteienverbänden eine kulturelle Hegenomie *weiter Seite 6*

Polizeikessel gegen Antifa-Demonstranten:

Tanja Hoppe lässt nicht locker

Von Thomas Klaus

OLDENBURG (Niedersachsen). Wer sich am 27. Oktober 2001 um etwa 11.30 Uhr an der Nordseite des Lappans, eines zentralen Platzes im niedersächsischen Oldenburg, aufhielt – sei es, weil er auf seinen Bus wartete, sei es, weil er „sonstwas" beabsichtigte – , hatte Pech. An dieser Stelle kesselte nämlich die Polizei mehr als 500 Personen ein, und das immerhin für rund drei Stunden. Hintergrund war ein Aufmarsch der rechtsextremistischen „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD), die den 45-jährigen Neonazi-Führer Christian Worch als Chefredner aufgeboten hatte. Rund 2.000 Menschen aus Oldenburg und Bremen gingen gegen die NPD auf die Straße.

Tanja Hoppe gehörte zu denjenigen, die zur besagten Stunde am Lappan nicht mit dem Bus fahren wollten, sondern etwas anderes vorhatten, nämlich der NPD Paroli zu bieten. Die 18-jährige Rechtsanwaltsgehilfin wurde ebenfalls von Polizeibeamten „in Kampfmontur" umringt, und das in der Zeit von ungefähr 11.30 bis 14.30 Uhr. Nun hat die junge Frau rechtliche Schritte eingeleitet. Tanja Hoppe fordert eine Entschädigung und will, dass der Oldenburger Polizeikessel als „rechtswidrig" eingestuft wird.

Aus der Umringung beziehungsweise dem Kessel führte für Tanja Hoppe kein Weg heraus, trotz mehrerer Versuche: „Ich hatte der Polizei immer wieder angeboten, meine Personalien festzustellen und mich danach aus dem Kessel zu entlassen. Denn ich hatte ja meinen Personalausweis dabei." Doch die Ordnungshüter hätten sich darauf nicht eingelassen. Viele der Eingekesselten hätten versucht, friedlich mit den Polizisten zu reden und sich zu verständigen - und seien schließlich aus dem Kessel ausgebrochen.

Auf das Verhalten zahlreicher der „Freunde und Helfer" ist Tanja Hoppe nicht besonders gut zu sprechen. Obwohl sich auch Kinder und ältere Leute im Kessel befunden hätten, die mit den Aktionen gegen die NPD überhaupt nichts im Sinn hatten, seien Sanitäter nicht in den Kessel gelassen worden. Die Polizei habe den Ring im Laufe der Stunden immer enger gezogen und dadurch die Stimmung unter den Eingekesselten verschärft: „Die Leute im Kessel haben zuerst einigermaßen gelassen reagiert, sich aber zunehmend unwohl und bedroht gefühlt." Hinzu gekommen seien wachsender Hunger und Durst – und drängende menschliche Bedürfnisse: Toiletten sind innerhalb eines Polizeikessels nicht vorgesehen...

Einige der Polizeibeamten – so der Vorwurf der jungen Oldenburgerin – seien brutal gegen die Eingekesselten vorgegangen, hätten sie beispielsweise zum Stürzen gebracht und ihnen so Verletzungen zugefügt. Nach den Beobachtungen von Tanja Hoppe wurden außerdem Sitzblockaden, die aus Protest gegen die NPD gebildet worden waren, „mit unangemessener Gewalt aufgelöst". In der Regel hätten sich die Polizisten nicht darauf beschränkt, Sitzblockierer einfach und schmerzlos von der Straße zu tragen.

Man müsse sich vor Augen halten, gegen wen in Oldenburg protestiert worden sei, so die 18-Jährige, die sich seit zwei Jahren mit dem Thema „Rechtsextremismus" beschäftigt („Als ich noch mit einem Russlanddeutschen zusammen war, wurden wir desöfteren angepöbelt. Das hat mich sensibilisiert"). Gegen die NPD läuft zurzeit vor allem wegen Verbindungen zu gewalttätigen Rechtsextremisten und Rechtsterroristen ein Verbotsverfahren. Und der Hamburger Christian Worch spielt seit zweieinhalb Jahrzehnten die erste Geige, wenn es gilt, militante Neonazis zu mobilisieren und den Holocaust zu verharmlosen. Unter anderem war er der engste Mitstreiter des berüchtigten Neonazi-Führers Michael Kühnen und genießt ein entsprechendes Ansehen bei den braunen Horden.

Bei der Oldenburger Polizei verweist man mit Blick auf den Kessel Ende Oktober auf Gewalttaten aus Kreisen der Anti-NPD-Demonstranten und auf die Verpflichtung, blutige Auseinandersetzungen zwischen den nur etwa 80 Rechtsextremisten und ihren zahlenmäßig weit überlegenen Gegnern zu verhindern. Der NPD-Aufmarsch in Oldenburg sei nicht verboten gewesen und habe deshalb geschützt werden müssen. Das habe sicherlich auch den meisten Polizeibeamten gar nicht „geschmeckt".

Tanja Hoppe ist zuversichtlich, dass ihre rechtlichen Schritte gegen die Verantwortlichen des Oldenburger Polizeikessels von Erfolg gekrönt sein werden. Immerhin: Bereits 1987 hatte das Landgericht Hamburg die Polizeiführer eines Kessels aus dem Vorjahr wegen Freiheitsberaubung zu Geldstrafen verurteilt. 861 Demonstranten bekamen Schmerzensgeld zugesprochen. Und erst im März 2001 befasste sich das Oberverwaltungsgericht Dortmund mit zwei Polizeikesseln am Rande von Protesten gegen Naziaufmärsche im Oktober und Dezember 2000 in Dortmund und Düsseldorf. Die Richter bewerteten die Polizeikessel als rechtswidrig, weil die Versammlung nicht – gut hörbar und mehrfach geschehen – aufgelöst worden sei. Die Rechtswidrigkeit des Kessels hätte laut Oberverwaltungsgericht Dortmund selbst dann gegolten, wenn aus der Versammlung heraus Straftaten begangen worden wären.

Rechtlich ist also in Sachen Oldenburger Polizeikessel das letzte Wort noch nicht gesprochen; die Bezirksregierung Weser-Ems hat aufgrund des Vorstoßes von Tanja Hoppe ein Prüfungsverfahren eingeleitet.

Politisch scheint dagegen in der Angelegenheit nicht mehr viel zu laufen. Die Oldenburger PDS-Fraktion hatte im städtischen Parlament einen Untersuchungsausschuss zum Polizeikessel beantragt, weil sie die Verhältnismäßigkeit der Mittel verletzt sah und die Rolle des Ordnungsamtes geprüft haben wollte. Auf einer Ratssitzung im November wurde dieser Antrag mit den Stimmen der Ratsmehrheit abgelehnt: In Oldenburg regieren SPD, FDP und die Minigruppe BfO.

Nun wähnt sich die Linkspartei politisch mit ihrem Latein am Ende. Die PDS-Fraktion erwartet aber noch immer von dem frisch gebackenen Oberbürgermeister Dietmar Schütz (SPD) – einem gelernten Juristen –, dass er sein auf der Ratssitzung gegebenes Wort hält und das Verhalten der Ordnungshüter mit der Polizei kritisch bespricht.

Thomas Klaus ■

unter Jugendlichen anstreben. Die „Köpfe“ der Neonazis sind altbekannt. In Eschweiler-Hücheln ist der langjährige Neonazi-Kader Michael Schlee (Ex-FAP, DVU u.a.) aktiv. Und auch der NPD- und JN-Funktionär Sascha Wagner (früher Herzogenrath, heute Koblenz) versucht sich nach wie vor in der Politisierung der Jungnazis. Intensive Kontakte gibt es in die Niederlande. Die dort aktiven „Mijnstreekoostskins“ um die aus dem Kreis Heinsberg stammenden Bianca König und Harald Paulsen (Heerlen) nutzen die liberalere Gesetzgebung im Nachbarland u.a. zur Verbreitung hier verbotener Musik über das Internet. *antifa aachen - gruppe s.p.u.n.k.,* www.antifa-aachen.de ■

„Augen auf und handeln gegen Rechts!“

Nazi-Aussteiger Jörg Fischer startet Internet-Aktion.

Der Nazi-Aussteiger und Buchautor Jörg Fischer startet am 15. Januar auf seiner Homepage im Internet eine neue Aktion gegen Rechtsextremismus und Neonazis. Unter dem Motto „Augen auf und handeln gegen Rechts!“ soll bundesweit verstärkt gegen die Verbreitung rechtsextremer Propaganda vorgegangen werden. Nach dem Vorbild ähnlicher Aktionen gegen rechte Seiten im Internet können sich per eMail Bürgerinnen und Bürger direkt an Fischer wenden, um beispielsweise Zeitschriftenläden zu melden, die rechtsextreme Zeitungen vertreiben – etwa die „National-Zeitung“ oder die „Junge Freiheit“. Gleiches gilt auch in Bezug auf Buch- und Musikhandlungen mit rechtsextremen Produkten in der Angebotspalatte oder Gaststätten, in denen Rechtsextremisten Versammlungen, Stammtische oder ähnliches abhalten. Vor einer öffentlichen Nennung sollen Händler und Wirte direkt angesprochen werden, die entsprechenden Produkte aus dem Angebot zu nehmen bzw. den Rechten keine Räumlichkeiten mehr zur Verfügung zu stellen.

Fischer verspricht sich von dieser Aktion mehrere Effekte: Zum einen die weitere Sensibilisierung der demokratischen Öffentlichkeit und eine Einschränkung der Organisations- und Propagandamöglichkeiten für Rechtsextremisten und zum anderen – besonders bei den Zeitungs-, Buch- und Musikverlagen – erhebliche finanzielle Einbußen. Fischer, dessen im September erschienenes Buch „Das NPD-Verbot“ in mehreren neonazistischen Publikationen und Internetseiten bereits zu mehrseitigen hasserfüllten Reaktionen geführt hat, garantiert allen Hinweisgebern selbstverständlich völlige Anonymität. Die eingehenden Angaben werden selbstverständlich genau nachgeprüft. Die Aktion ist im Internet erreichbar unter:
http://www.joergfischer-online.de ■

Tod durch Brechmitteleinsatz:

Fragen an die ärztliche Ethik

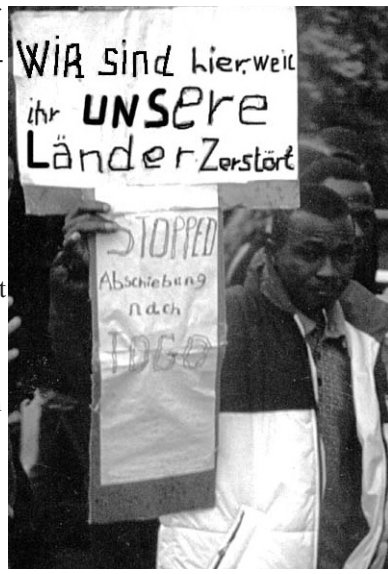
Hamburg. Der Tod eines 19jährigen mutmaßlichen Drogendealers bei der Zwangseinflößung von Brechmitteln hat, neben juristischen und politischen Fragen, auch wieder die ärztliche Ethik, das Selbstverständnis eines Berufsstandes, auf die Tagesordnung gesetzt. Wem, so ist zu fragen, hat ein Mediziner zu dienen: dem Individuum, seinem Patienten, oder einer abstrakten Allgemeinheit mit ihren Ansprüchen, in diesem Fall an der Beweissicherung zum Zwecke der Strafverfolgung?

Als bindend, zumindest im moralischen Sinne, gilt nach wie vor der Hippokratische Eid, der sich bezüglich solcher Fragen ausgesprochen unmissverständlich ausnimmt: Sein medizinisches Wissen, so schwor Hippokrates von Kos um 400 v.u.Z., werde er „nach Kräften und gemäß meinem Urteil zum Nutzen der Kranken einsetzen, Schädigung und Unrecht aber ausschließen.“

Eine Debatte um die ärztliche Ethik gab es in Westdeutschland nach der Befreiung vom Faschismus, als die ungeheure Zahl und Brutalität ärztlicher Verbrechen durch den Nürnberger Ärzteprozess in die Öffentlichkeit gebracht worden waren. Ärzte hatten in den KZ Menschenversuche durchgeführt, sie hatten in den Vernichtungslagern bei der Selektion von Häftlingen über Leben und Tod entschieden, sie hatten selbst zahllose Menschen mittels Giftspritzen ermordet. Das größte ärztliche Verbrechen aber war der unter dem Euphemismus „Euthanasie“ begangene Massenmord an behinderten und psychisch kranken Menschen.

Jede ethische Grundlage ärztlichen Handelns schien zerschlagen und musste neu fundiert werden. Darum kreisten 1947/48 Debatten in verschiedenen Zeitschriften.

Die Wandlung der Medizin hin zu einer am Kollektiven, am Staat, am Volk oder an der Menschheit, aber nicht mehr in erster Linie an dem einzelnen Patienten orientierten Wissenschaft, schrieb Thure von Uexküll in der „Zeit“, führe dazu, dass der einzelne nicht mehr „Maßstab ärztlicher Verantwortung“ sei und „durch den Begriff eines Kollektivs abgelöst wird“, das „das Opfer des einzelnen zugunsten des Kollektivs verlangen“ könne. Ähnlich sah Fred Mielke, zusammen mit Alexander Mitscherlich hatte er Dokumente zum Ärzteprozess veröffentlicht, in dem schleichenden Prozess des „Eindringen(s) allgemeiner, weltanschaulicher Fragen“ in die Ärzteschaft eine der wichtigsten Ursachen für die Komplizenschaft zahlreicher Ärzte mit dem Nationalsozialismus.



Die Veränderungen im ärztlichen Selbstverständnis, weg von der ausschließlichen Aufgabe, Helfer kranker Menschen zu sein, habe nicht erst im Nationalsozialismus begonnen, so Friedrich Koch im „Bayerischen Ärzteblatt“.

Kosten-Nutzen-Rechnungen seien u.a. von der Sozialversicherung forciert worden. Es „entstand der Gedanke, dass die Tätigkeit des Arztes ... einem Kollektivum als dem höheren übergeordneten Gesichtspunkt sich unterordnen solle“.

Die Konsequenz dieses Denkens formulierte der Neurologe Viktor von Weizsäcker (in der Zeitschrift „Psyche“): Leben wurde nach biologischen und Leistungskriterien bewertet. „Man kann dies auch so ausdrücken, dass die Definition des Lebens, welche seinen Sinn, Zweck oder Wert nicht transzendent versteht, keinen inneren Schutz gegen den Begriff eines unwerten Lebens im biologischen Sinne besitzt.“ Die Schlussfolgerungen daraus lagen auf der Hand:

Eine humane Ethik müsse sich gegen das NS-Arztbild wenden. Ärzte entschieden aufgrund einer angemaßten Superiorität, wer zu „opfern“ war. Mediziner dürfen sich aber niemals derart über den Menschen stellen. Eugen Kogon berief sich in den „Frankfurter Heften“ auf den Hippokratischen Eid. Als ehemaliger Arztschreiber im Konzentrationslager Buchenwald und Autor des „SS-Staates“ war er einer der prominentesten Zeugen im Ärzteprozess. Auch für ihn galt es, die ärztliche Verantwortung neu zu fundieren, nach der ein Arzt zu heilen habe und, wie es der ärztliche Eid ver-

lange, einem Patienten niemals schaden dürfe.

Einigkeit bestand unter den zitierten Autoren in Diagnose und Therapie. Auffällig ist, wie vehement betont wurde, dass die einzige Sicherung vor solchen Menschheitsverbrechen, wie Ärzte sie zwischen 1933 und 1945 begangen hatten, die ist, den Patienten als Absolutum anzusehen, auf dessen Wohl ein Arzt ausschließlich verpflichtet sei, und dass jede Anforderung aus der Gesellschaft, aus Politik oder Justiz, die die Konzentration auf das Patientenwohl auch nur relativieren will, abgelehnt wurde.

Diese Erkenntnisse scheinen wie so viele andere im Zuge des gesellschaftspolitischen Roll Backs, der deutschen Großmachtpolitik spätestens seit Ende der DDR, vergessen zu sein. Wenn humanistische Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus wie die, Deutschland dürfe nie wieder Krieg führen, wie die, der Nationalsozialismus sei mit der Wurzel auszurotten, oder wie die, einen Überwachungsstaat abzulehnen und Geheimdienst und Polizei strikt voneinander trennen zu wollen, über den Haufen geworfen werden, kann es da verwundern, dass dieser Prozess sich auch der medizinischen Ethik bemächtigt?

Nun war auch nach 1945 natürlich nicht jeder Arzt eine Zierde seiner Zunft. Im Gegenteil kamen viele Mediziner, die im „3. Reich“ Verbrechen begangen hatten, mit Wissen ihrer Kollegen wieder als Ärzte unter, z.T. getarnt, wie das Beispiel Dr. Heyde/Sawade zeigt. Auch dass das höchste Gut das Wohl des Patienten sei, wurde gelegentlich beiseite geschoben, wie bei der Zwangsernährung hungerstreikender politischer Gefangener aus der RAF, an deren Folgen 1974 Holger Meins starb. Dennoch glaube ich, dass das was jetzt in Sachen Brechmitteleinsatz geschieht, eine neue Dimension erreicht hat. Die eben erwähnten Beispiele aus der bundesdeutschen Geschichte liefen mehr oder weniger hinter verschlossenen Türen ab, sie waren Ausnahme, nicht Regel. Man war bemüht, sie nicht ans Licht der Öffentlichkeit gelangen zu lassen (was nicht immer gelang). Heute wird politisch damit geworben, Brechmittel zwangsweise verabreichen zu lassen. Diese Methode wird in Hamburg zum Routineeinsatz – in den Tagen nach dem Tod Achidi J.s wurden ostentativ weitere Zwangsverabreichungen durchgeführt.

Ohne die Mitwirkung von Ärzten wäre die Zwangseinflößung von Brechmitteln kaum durchführbar. Ärzte haben sich dafür entschieden, das Wohl des Einzelnen zu missachten, weil der Staat das von ihnen verlangt. Der Leiter des Gerichtsmedizinischen Instituts, Prof. Klaus Püschel, hat das in aller Offenheit zugegeben. Trotz des ersten Todesfalles werde er weitermachen, weil er den Senat „nicht im Regen stehen“ lassen wolle. Die Verschiebung des ärztlich-ethischen Paradigmas kann deutlicher kaum sein.

Erfreulich immerhin, dass die Hamburger Ärztekammer sich gegen die Vergabe von Brechmitteln aussprach. V.a. eine Oppositionsgruppe innerhalb des Verbandes ist sehr deutlich geworden: „Eine Todesstrafe durch die Hintertür darf es nicht geben.“ Sie forderte von der Ärztekammer, gegen jeden Arzt zu ermitteln, der sich an solchen polizeilichen Zwangsmaßnahmen beteiligt.

F ■

Schluss mit der Vergabe von Brechmitteln! Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Achidi John ist tot. Gestorben bei einem gewaltsamen Einsatz von Brechmitteln im Institut für Rechtsmedizin in Hamburg am 9. Dezember 2001. Er ist Opfer einer längst gescheiterten Drogenpolitik, die vorgibt, mit Repression von Kleindealern und KonsumentInnen die Drogenprobleme dieser Gesellschaft lösen zu können.

Achidi John ist das erste Todesopfer der Brechmitteleinsätze, die der Hamburger rot-grüne Senat im Sommer 2001 durchgesetzt hat und die von der CDU/FDP/Schill-Regierung zugespitzt weiter betrieben werden. Der Einsatz von Brechmitteln ist Teil einer Politik, der es in erster Linie darum geht, in der Öffentlichkeit Härte gegenüber „der Drogenszene“ zu demonstrieren und richtet sich insbesondere gegen junge Schwarze. Damit werden rassistische Denkmuster gefördert und bedient.

Brechmitteleinsätze waren und sind aus juristischer und ermittlungstechnischer Sicht nicht notwendig. Es geht nicht um Beweissicherung, sondern um eine öffentlichkeitswirksame Ersatz-Strafe – ohne dass die Betroffenen tatsächlich verurteilt worden wären. Schon unter diesem Gesichtspunkt ist diese Praxis ein rechtsstaatlicher Skandal.

Die Vergabe von Brechmitteln ist seit Jahren umstritten, unter Anwendung von Gewalt ist sie lebensgefährlich. Sie widerspricht der Menschenwürde und dem ärztlichen Berufsethos.

Die staatliche Anordnung der Brechmittelvergabe ist eine Aufforderung zur Folter. Denn nichts anderes ist die Sicherstellung von Beweisen unter Missachtung und Verletzung der körperlichen und psychischen Unversehrtheit. Ihre Wahrung und die Unantastbarkeit der Menschenwürde gelten immer noch für jedermann – ob Straftäter oder nicht.

- Wir fordern den Senat auf, den Einsatz von Brechmitteln unverzüglich zu beenden!
- Wir fordern die umfassende juristische Überprüfung des Todes von Achidi John: Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen – ÄrztInnen, PolizeibeamtInnen, politisch Verantwortliche – und die Überprüfung der Obduktionsergebnisse durch unabhängige GutachterInnen.
- Wir fordern ÄrztInnen und PolizeibeamtInnen auf: Machen Sie sich nicht zu Handlangern einer solchen Politik! Beteiligen Sie sich nicht an der Brechmittelvergabe!

Name Funktion, Beruf o.ä. Unterschrift

Dieser Aufruf soll Mitte Januar als Anzeige im Hamburger Abendblatt erscheinen. Wir bitten Sie deshalb für die Veröffentlichung auf folgendes Konto zu spenden:
Pastor Christian Arndt, HASPA BLZ 20050550, Kto-Nr. 1048 / 780 744
Die Unterschriften können gesandt werden an:

i *Kampagne gegen Brechmitteleinsätze, Nernstweg 32, 22765 Hamburg*
Tel: 040/399 05 234, Fax:040/399 01 012
oder elektronisch an: aufruf-gegen-brechmittel@gmx.de

2001: weltweit 46 kriegerische Konflikte

Am 17. Dezember veröffentlichte die AKUF (Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung), Universität Hamburg, ihre Jahresbilanz 2001, die wir im Folgenden gekürzt dokumentieren. Der vollständige Text ist der Homepage von AKUF zu entnehmen: www.akuf.de

Allgemeine Trends

Nach Untersuchungen der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) wurden im Jahr 2001 weltweit 46 kriegerische Konflikte geführt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Zahl damit nur geringfügig von 47 auf 46 verringert.

Beendet wurde der blutige Grenzkrieg zwischen Eritrea und Äthiopien. Über die Konflikte in Laos, im mexikanischen Bundesstaat Chiapas und dem erdölreichen Nigerdelta in Nigeria lagen in diesem Jahr keine Meldungen über größere bewaffnete Auseinandersetzungen vor. Neu begonnen hat in diesem Jahr der auf die Terroranschläge vom 11. September folgende und in Afghanistan ausgetragene so genannte Anti-Terror-Krieg.

Neu dazu kommen der Krieg, der von der separatistischen UÇK in Mazedonien geführt wurde und die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen muslimischen und christlichen Milizen in Nigeria.

Die von Kriegen am stärksten betroffenen Weltregionen sind nach wie vor Asien mit 16 vor Afrika sowie dem Vorderen und Mittleren Orient mit 14 bzw. 12 Gewaltkonflikten. Es folgen Lateinamerika und Europa mit jeweils 2 kriegerischen Konflikten. Damit bestätigt sich auch im Jahr 2001 die regionale Ungleichverteilung des weltweiten Kriegsgeschehens: Weit über 90 Prozent aller Kriege seit 1945 finden in der „Dritten Welt" statt. Auch ein anderer Trend wird durch das Kriegsjahr 2001 bestätigt: die wachsende Bedeutung innerstaatlicher Gewaltkonflikte. Zwischenstaatliche Kriege bilden die Ausnahme. Zentraler Gegenstand der innergesellschaftlichen Gewaltkonflikte sind der Kampf um die Macht im Staat sowie Autonomie- und Sezessionsbestrebungen.

In immer stärkeren Maße wird die Zivilbevölkerung durch die kriegerischen Auseinandersetzungen in Mitleidenschaft gezogen. Nach vorsichtigen Schätzungen sind in den 46 aktuellen Konflikten seit deren Beginn über 7 Millionen Menschen zu Tode gekommen - die meisten von ihnen Zivilisten. Um ein Vielfaches höher liegt die Zahl der Verwundeten, Vertriebenen und Flüchtlinge. Die materiellen Schäden sind unermesslich. Versuche der UNO oder anderer Organisationen, die Gewalt einzudämmen oder durch Vermittlung dauerhaft zu beenden, haben auch in diesem Jahr nur wenig Erfolg gezeigt. Im Gegenteil wiesen eine ganze Reihe von Konflikten in diesem Jahr eine Eskalation der Gewalt auf, und nur wenige scheinen einer Lösung näher gekommen zu sein. Auch die beiden diesjährigen Konferenzen der UNO zu den Problemfeldern „Kindersoldaten" und „Kleinwaffen" können nicht als erfolgreich angesehen werden.

Überblick

Wohl kaum ein Ereignis hat ein Jahr so geprägt, wie die Terroranschläge vom 11. September auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington. Die knapp vier Wochen später begonnene Reaktion der USA begann zunächst in Form von Luftangriffen auf Stellungen der Taliban-Regierung in Afghanistan und vermischte sich in der Folge mit dem seit 1978 andauernden innerafghanischen Krieg. Diese Ereignisse haben andere kriegerische Konflikte des Jahres 2001 überschattet und aus dem Blick der Medien verdrängt.

Deutlich eskaliert ist im Laufe des Jahres der Palästina-Konflikt. Die Spirale der Gewalt aus Selbstmordanschlägen palästinensischer Attentäter einerseits und militärischen Übergriffen Israels andererseits lässt einen Frieden unwahrscheinlicher denn je erscheinen. Nicht umgekehrt wurde dadurch bislang der Friedensschluss im Südlibanon aus dem Jahr 2000. Zwar wurden hier die Kämpfe zwischen israelischer Armee und der islamistischen Hizbollah-Miliz nicht endgültig beigelegt. Sie gingen aber allgemein zurück und konzentrierten sich im Wesentlichen auf ein zwischen Israel, Syrien und Libanon umstrittenes Grenzgebiet. Ganz in den Hintergrund gedrängt wurde der wegen der NATO-Intervention bis zum 11. September heftig diskutierte Krieg zwischen der mazedonischen UÇK und der mazedonischen Regierung. Durch diese Gewalteskalati-

Die kriegerischen Konflikte im Jahr 2001:

Afrika
Angola (Beginn:) 1960
Burundi 1993
Guinea 2000
Kongo-Kinshasa (Afrik. Regionalkrieg) 1998
Kongo-Kinshasa (Kivu) 1997
Liberia 2000
Nigeria 2001
Ruanda 1990
Senegal (Casamance) 1990
Sierra Leone 1993
Somalia 1988
Sudan 1983
Tschad 1966
Uganda 1995

Asien
Indien (Assam) 1997
Indien (Bodos) 1997
Indien (Kaschmir) 1990
Indien (Nagas) 1975
Indien (Naxaliten) 1997
Indien (Tripura) 1999
Indien / Pakistan 1998
Indonesien (Aceh) 1999
Indonesien (West-Papua) 1965
Myanmar 1948
Nepal 1999
Pakistan 1986
Philippinen (Mindanao) 1998
Philippinen (NPA) 1970
Salomonen 1999
Sri Lanka 1983

Vorderer und Mittlerer Orient
Afghanistan 1978
Algerien 1992
Georgien (Abchasien) 1992
Iran (Mudschahiddin) 2000
Israel (Palästina) 2000
Libanon 1975
Russland (Tschetschenien) 1999
Tadschikistan 1992
Türkei (Kurden) 1984
USA, GB / al-Quaida, Afghanistan (Anti-Terror-Krieg) 2001
USA, GB / Irak 1998
Usbekistan, Kirgistan 1999

Süd- und Mittelamerika
Kolumbien (ELN) 1964
Kolumbien (FARC) 1965

Europa
Jugoslawien (Kosovo) 1998
Mazedonien 2001

on wurde auch der letzte der fünf Nachfolgestaaten des früheren sozialistischen Jugoslawien vom Krieg erfasst. Vor dem Hintergrund der Rechte der albanischsprachigen Minderheit in Mazedonien trug hier vor allem der nur unzureichend eingedämmte Zufluss von Waffen aus dem benachbarten Kosovo zur Eskalation bei. Ein Übergreifen des Kosovo-Konfliktes war bis zum ersten Quartal des Jahres 2001 auch noch in der zwischen dem Kosovo und Zentralserbien eingerichteten Sicherheitszone zu verzeichnen. Neben diesen Konflikten wurden auch 2001 weltweit eine ganze Reihe von weitgehend „vergessenen" kriegerischen Konflikten ausgetragen.

Noch nicht abzusehen sind die Auswirkungen der Ereignisse in Afghanistan auf weitere Konflikte in der Region. In Usbekistan ist in diesem Jahr im Vergleich zu den beiden Vorjahren ein geringeres Ausmaß an bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen islamistischen Rebellen und der Regierung zu verzeichnen gewesen. Der innerpakistanische Konflikt mit islamistischen Gruppierungen ist entgegen vielen Voraussagen bislang nicht weiter eskaliert. Der Kaschmirkrieg in Indien und die damit zusammenhängenden bewaffneten Zusammenstöße zwischen Indien und Pakistan verliefen 2001 insgesamt auf dem Niveau des Vorjahres.

Regional weiter entfernt – aber durch Andeutungen aus der US-Administration immer wieder im Zusammenhang mit einer möglichen Ausweitung des „Anti-Terror-Krieges" genannt – liegen der Irak und Somalia. In beiden Ländern dauern Kriege an, die von der Öffentlichkeit weitgehend übersehen werden: Irakische Militäranlagen sind seit 1998 regelmäßig das Ziel von US-amerikanischen und britischen Luftangriffen. In Somalia hat auch die Bildung einer im Jahr 2000 aus längeren Friedensverhandlungen hervorgegangenen Übergangsregierung keine Befriedung des Landes herbeigeführt. Wichtige Warlords haben sich mit ihrer bewaffneten Anhängerschaft diesem Friedens^-prozess entzogen. Da die amtierende Regierung der Zusammenarbeit mit islamistischen Terroristen verdächtigt wird, hoffen diese Warlords nun auf eine Unterstützung im Rahmen der Terrorismusbekämpfung.

Auf andere Weise mit der Terrorismusbekämpfung verbunden ist der Krieg in Tschetschenien. Der Generalverdacht gegen islamistische bewaffnete Gruppierungen als Terrorgruppen kam der russischen Führung im Kampf gegen die von ihnen als Terroristen bezeichneten Rebellen sehr entgegen. Die Kritik an dem nach wie vor brutalen Vorgehen der russischen Armee wurde dadurch vollkommen in den Hintergrund gedrängt.

Asien war im Jahr 2001 die Weltregion mit den meisten kriegerischen Konflikten. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass allein in Indien sechs Konflikte gewaltsam ausgetragen werden. Neben dem Kaschmirkonflikt im Nordwesten waren dies vor allem Konflikte im Osten des Landes, die von Rebellen für eine größere Autonomie oder gar Sezession einer Bevölkerungsgruppe geführt werden. Daneben kämpfen aber auch maoistische Rebellengruppen im so genannten Naxaliten-Konflikt für eine Veränderung des politischen und sozialen Systems. Weiter eskaliert ist im November 2001 der Krieg einer ebenfalls maoistischen Rebellenbewegung im benachbarten Königreich Nepal.

Bei den Gewaltkonflikten in Asien war auch im Mindanao-Konflikt auf den Philippinen eine Eskalation der Gewalt zu verzeichnen. Hier kämpfen mehrere islamische oder islamistische Rebellengruppen für eine größere Autonomie bzw. einen eigenen Staat. Durch ihre Entführungen und Geiselnahmen berüchtigt, wenn auch klein, ist die Abu Sayyaf Gruppe. Bemerkenswert ist in diesem Jahr vor allem die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen durch die in der Vergangenheit größte Rebellengruppe des seit 1970 andauernden Krieges, die infolge eines Friedensvertrages 1996 ihre Waffen niedergelegt hatte.

Weitere kriegerische Auseinandersetzungen in Asien wurden ohne wesentliche Veränderungen in Indonesien, in Myanmar (Birma) und in Sri Lanka ausgetragen. Dagegen deutet sich auf den Salomonen eine Entspannung der Lage an.

Afrika weist vor allem zwei Krisenherde mit Verbindungen zu mehreren Kriegen auf. Zum einen ist dies der „Afrikanische Regionalkrieg" um Macht und Einfluss in der Demokratischen Republik Kongo. Er steht sowohl mit den innerstaatlichen Kriegen der östlichen Nachbarstaaten Ruanda, Burundi und Uganda als auch mit dem Krieg in Angola in Verbindung. Auf diesem großen Kriegsschauplatz zeichnet sich eine Entspannung ab, weil ein seit Februar bestehender Waffenstillstand im Wesentlichen eingehalten wird. Allerdings wird neben diesem „großen" Krieg auch noch ein „kleinerer", dafür aber umso blutigerer bewaffneter Konflikt im Osten des Kongo, unvermindert weiter geführt. Schätzungen beziffern die Zahl der Todesopfer in dieser Region in den letzten drei Jahren auf bis zu 2,5 Millionen. Von den benachbarten Konflikten scheint lediglich in Uganda ein Sieg der Regierungstruppen über die dortigen Rebellengruppierungen und damit ein Ende der Kämpfe in absehbarer Zukunft nicht ausgeschlossen.

Der zweite Krisenherd in Afrika umfasst die drei Staaten Sierra Leone, Liberia und Guinea. Hier wurde der 1989 in Liberia erstmalig gewaltsam eskalierte Konflikt zunächst nach Sierra Leone exportiert und erfasste im Jahr 2000 auch Guinea. In diesen beiden regionalen Krisenherden besteht ein Interesse der beteiligten Akteure an der Ausbeutung von Rohstoffen (Gold, Coltan, Diamanten usw. im Kongo sowie Diamanten in Westafrika). Die darauf basierende Kriegsökonomie trägt nicht wenig zur Fortführung der jeweiligen Kriege bei.

Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Christen in Nord- und Zen-

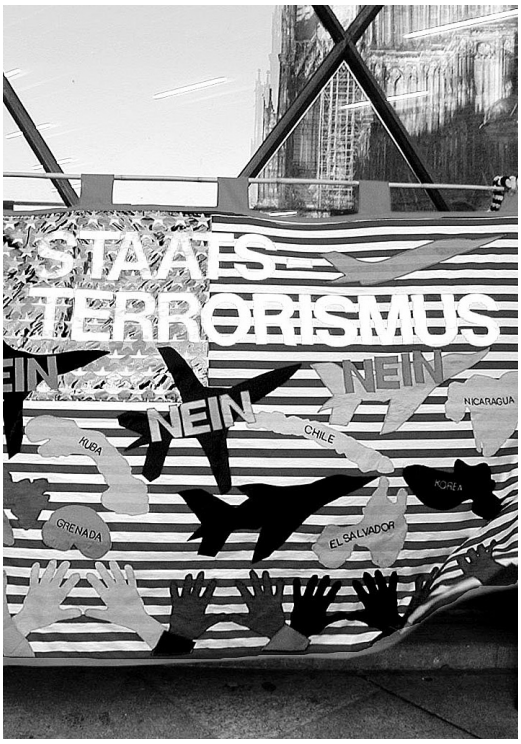
Schwerpunkt: Rechte Musik

Lange Zeit galt Rock von Rechts ausschließlich als ein Phänomen, das mit der rechtsextremen und Gewalt bereiten Skinhead-Szene in Verbindung gebracht wurde. Doch jüngere Entwicklungen haben gezeigt, dass rechtsextreme Musik keineswegs auf das Skinhead-Milieu beschränkt ist, sondern dass nahezu alle Musikstile für rechtsextreme Agitation und Propaganda genutzt werden können.
Die aktuelle Ausgabe des Fachinformationsdienstes DER RECHTE RAND (Januar/Februar 2002) widmet sich ausführlich dem Thema rechte Musik. Neben einem allgemeinen Aufsatz zur Verortung

der verschiedenen Musikstile und ihrer Nähe zum Rechtsextremismus finden sich darin unter anderem Beiträge zu rechtsextremen Liedermachern, zu den politischen Dimensionen des Rechts-Rock, zu Magazinen aus dem rechten Musikspektrum, zu faschistoider Ästhetik sowie zur Frage der Nationalisierung durch Musik. Das Heft zeigt: nicht nur Glatzen machen und hören rechte Musik. Und: Rechtsextrem und rassistisch durchsetzte Musik ist weiter auf dem Vormarsch.

tralnigeria forderten bereits in den Vorjahren hohe Zahlen an Menschenleben, erfolgten in der Vergangenheit aber eher pogromartig und sporadisch. Mittlerweile scheinen sie sich aber zumindest auf lokaler Ebene in Form von Milizen organisatorisch verfestigt zu haben. Darüber hinaus werden in Afrika unverändert kriegerisch die Auseinandersetzungen im Senegal, im Sudan und im Tschad ausgetragen.

Noch mehr als Asien und Afrika wies der Vordere und Mittlere Orient im Jahr 2001 eine Reihe von Konflikten auf, die mit den Folgen des 11. September in Zusammenhang standen. Daneben wurden auch weitere Konflikte, die in der Vergangenheit mehr oder weniger Beachtung fanden, unverändert mit kriegerischen Mitteln ausgetragen: in Algerien, im Iran, in der Türkei, in Georgien und in Tadschikistan.



ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

In den letzten Wochen und Monaten wieder eskaliert sind auch die beiden Kriege in Kolumbien. Dort kämpfen seit Mitte der 1960er Jahre zwei „linksgerichtete“ Guerillagruppen größtenteils unabhängig voneinander gegen die kolumbianische Regierung und seit einigen Jahren vor allem auch gegen paramilitärische Verbände. Ähnlich wie bei den afrikanischen Krisenzentren spielt auch in Kolumbien die Kriegsökonomie eine entscheidende Rolle.

Das Interesse der Kontrolle über den Drogenanbau durch Guerilla und paramilitärische Gruppen führt hier zur Verstetigung des Konfliktes. Zur Eskalation beigetragen hat in diesem Jahr vor allem auch die von den USA im Rahmen des so genannten Plan Colombia zur Drogenbekämpfung unterstützte Verstär-

„Wir sind wieder wer!“

Die Bundeswehr im Ausland – Eine Übersicht

Am Heiligabend 2001 verbreiteten manche Zeitungen eine Zusammenstellung von dpa über deutsche Auslandseinsätze. Es ist erstaunlich, wie viel es davon schon gegeben hat. Und künftig soll das alles ganz „normal“ sein.

Bereits seit den 70er Jahren beteiligt sich die Bundeswehr an Einsätzen der Vereinten Nationen (UN) und auch der NATO. Sie hatten damals allerdings noch einen anderen Charakter und waren weitgehend unumstritten. Seit den 90er Jahren nahmen die Einsätze zu – und die politischen Auseinandersetzungen darüber ebenso. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung 1994 solche Einsätze für grundgesetzkonform gehalten. Im Jahr 2001 stimmte der Bundestag sechsmal über Auslandseinsätze deutscher Soldaten – hauptsächlich im ehemaligen Jugoslawien – ab. Zu den Auslandseinsätzen seit den 70ern zählen:

- 1973/74 im Nahen Osten: Flugzeugtransporte von medizinischem Gerät nach Ägypten, Syrien und Israel. Auftraggeber: Die UN-Friedenstruppe Unef.
- 1978 im Nahen Osten: Transall-Transporte von Fahrzeugen und Ausrüstungen für die UN-Streitmacht in Libanon (Unifil). Nepalesische Soldaten werden in den Gebrauch der Geräte eingewiesen.
- 1988/89 in Namibia: Transporte im Auftrag der UN-Mission Untag, die den Unabhängigkeitsprozess und die ersten freien Wahlen in dem afrikanischen Land überwacht.
- 1989 in Sudan: Flüge zur Linderung einer Hungersnot. Auftraggeber ist die „Lifeline Sudan“ der UN.
- 1991 im Persischen Golf: Minensuche mit sieben Schiffen auf Bitten der UN und der USA. Die Schiffe werden allerdings nicht einem UN-Kommando unterstellt. Danach Unterstützung der UN-Mission Unscom bei der Suche nach Massenvernichtungswaffen in Irak.
- 1991/93 in Kambodscha: Krankenversorgung im Rahmen der UN-Übergangsbehörde Untac und deren Nachfolgeorganisation Unamic. Die Ärzte und Pfleger des Bundeswehrlazaretts in Phnom Penh behandeln nach Angaben der Bundesregierung 44.000 Menschen.
- Seit 1992 im früheren Jugoslawien: Zunächst Beteiligung an einer Luftbrücke nach Sarajevo, AWACS-Überwachung der UN-Blockade gegen Serbien und Montenegro in der Adria, von 1995 an Beteiligung an den Friedenstruppen Ifor und Sfor in Bosnien. 1999 Abordnung eines Kontingents für die unter Nato-Kommando stehende Friedenstruppe Kfor in Kosovo.
- Auch an der reinen Nato-Mission „Amber Fox“ in Mazedonien nehmen deutsche Soldaten teil. Seit Ende September ist es ihre Aufgabe, etwa 280 internationale Beobachter des Friedensprozesses zu schützen. Die Mission steht unter deutschem Kommando und war am 27. September vom Bundestag gebilligt worden.

Vorgänger von „Amber Fox“ war die Mission „Essential Harvest“ (Wesentliche Ernte) zur Entwaffnung der albanischen UCK-Rebellen in Mazedonien.

- Insgesamt ist die Bundeswehr im früheren Jugoslawien mit mehr als 7.500 Mann engagiert: In Bosnien stellt Deutschland ein Kontingent von 1.760 Mann in der Nato-geführten Sfor, 5.130 Deutsche sind in Kosovo und dort für den Süden zuständig , weitere 660 Mann sind in Mazedonien als Mitglieder der „Task Force Fox“.
- 1992/94 in Somalia: Entsendung von 1.700 Mann in das von Bürgerkrieg und Hungersnot gezeichnete ostafrikanische Land. Federführend ist die Mission Unosom. Ergebnis gleich Null.
- Seit 1994 in Georgien: Unterstützung der Mission Unomig mit Sanitätspersonal und Beobachtern. Unomig überwacht den Waffenstillstand in der Unruheprovinz Abchasien.
- 1999/2000 in Osttimor und Australien: Transport und Behandlung von Kranken auf dem nach Unabhängigkeit von Indonesien strebenden Osttimor. Die deutschen Soldaten sind Teil der Friedenstruppe Interfet, die unter australischer Führung, aber im Auftrag der UN handelt.
- 2001/2002: Beteiligung an der „Anti-Terror-Mission“ der USA gegen Afghanistan unter dem Namen „Enduring Freedom“ („Dauerhafte Freiheit“). Bis zu 3.900 Soldaten sollen zum Einsatz kommen. Beschlossen im Bundestag am 16. November 2001.
- 2001/2002 in Afghanistan: Beteiligung von bis zu 1.200 Bundeswehr-Soldaten an der multinationalen Schutztruppe (Isaf) mit UN-Mandat in „Kabul und Umgebung“. Bundestagsbeschluss: 22. Dezember 2001.

Quelle: homepage des Kasseler Friedensforums, www.uni-kassel.de, eMail: strutype@hrz.uni-kassel.de ■

Ehemalige Zwangsarbeiter werden Frankfurt besuchen

Die Arbeitsgruppe Ausgegrenzte Opfer erwartet am 21. Januar Besuch von einem Polen und vier Tschechen, die in der Zeit des Nationalsozialismus in Frankfurt Zwangsarbeit leisten mussten: Tadeusz Grabal bei der Deutschen Reichsbahn, Jaroslav Vrba bei Telefonbau & Normalzeit, Jaroslav Sima bei Holzmann, Zdenek Halas beim Bahnpostamt, Frantisek Mittelbach bei Zeppelin.

Seit August 2000 versucht die Arbeitsgruppe vergeblich, das im Juni 2000 beschlossene städtische Besuchsprogramm zu beschleunigen und hat der Stadt zu dem Zweck über 200 ausgewertete Fragebögen ehemaliger Frankfurter ZwangsarbeiterInnen aus Polen und Tschechien zur Verfügung gestellt. Das Institut für Stadtgeschichte hat die Angaben mit seinen Unterlagen abgeglichen und 24 (Kulturdezernent Nordhoff am 16.7.2001 in der Stadtverordnetenversammlung) bzw. fünf Personen (Institut für Stadtgeschichte am 17.12.2001) als „berechtigt“ anerkannt für die Soforthilfe von 2000 DM und für das Besuchsprogramm.

Nun muss man aber wissen, dass die Hauptquellen des Instituts die Hausstandsbücher (Meldebücher) sind. Für die Erfassung dieser Bücher in einer Datenbank hat die Stadt insgesamt 210.000 DM zur Verfügung gestellt. Die Erfassung wurde Okt./ Nov. 2000 begonnen und sollte nach Aussagen von Nordhoff Anfang Mai 2001 abgeschlossen sein. Am 16.7.2001 erwähnte Nordhoff in einem Magistratsbericht, dass die Daten zu 2/3 eingegeben seien. Am 21.9.2001 waren sie immer noch nicht komplett eingegeben – wahrscheinlich sind sie es heute noch nicht.

Doch selbst wenn sie es wären, ist das keine Garantie dafür, dass Personen, über die nichts in der Datenbank zu finden ist, nicht doch in Frankfurt waren und hier Zwangsarbeit leisten mussten. Die Arbeitsgruppe Ausgegrenzte Opfer jedenfalls hält die Angaben in den Fragebögen für plausibel. Die Arbeitsgruppe will die Chance nicht verpassen, mit den wenigen Überlebenden zu sprechen und hat deshalb auf eigene Kosten bzw. mit Hilfe von Spenden eine kleine Gruppe eingeladen. Und diese Menschen freuen sich auf den Besuch. Sie werden vom 21.-29. Januar in Frankfurt sein, u.a. Schüler und Gewerkschafter treffen und an einer Gedenkveranstaltung am 27. Januar teilnehmen. Vielleicht beschleunigt dieser Besuch ja die Aufnahme weiterer Besuchsprogramme durch die Stadt. *udi* ■

Infos und Spenden: Arbeitsgruppe Ausgegrenzte Opfer, c/o Studienkreis Deutscher Widerstand, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt, Tel. 069-721575, Fax 069-71034254

Internationales Jugendworkcamp
Bergen-Belsen 15. - 21.4.2002

Zum Internationalen Jugendworkcamp laden christliche und gewerkschaftliche Jugendverbände.
60 Jugendliche aus 6 Ländern pflegen bauliche Reste, machen Baracken und Lagergrenze des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers und KZ symbolisch wieder erkennbar, sprechen mit Verfolgten des Faschismus und heute von Asylpolitik Betroffenen.

Die Umgebung von Bergen-Belsen mit dem größten, bereits von den Nazis angelegten, Truppenübungsplatz und Mord und Anschläge von Neonazis in der Umgebung wird ebenso Thema sein wie Zwangsarbeit, Ausgrenzung und Militarismus. Zum Jahrestag der Befreiung gestaltet das Jugendworkcamp gemeinsam mit anderen Gruppen am 21.4.02, 13 Uhr, die öffentliche Gedenkfeier auf der Eisenbahnrampe bei Bergen und um 15.30 Uhr am Obelisk.

Die Teilnahme kostet Euro 50,- . Darin enthalten sind alle Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Aktivitäten und Programm. Die Woche ist als Bildungsurlaub anerkannt. Anreise: 15.4.02 abends. Schülerinnen haben gute Chancen für die Zeit vom Unterricht befreit zu werden, zumal die niedersächsische Kultusministerin Schirmfrau des Workcamps ist. **Anmeldeschluss ist 12.3.02.** Die meisten internationalen Gäste treffen bereits am 12.4.02 ein, wobei für Jugendliche aus Deutschland noch einige Plätze frei sind.

Bergen-Belsen und die Jugendworkcamps bis heute:

Die Gedenkstätte ist ein, als Parkanlage gestalteter, großer Friedhof. „Man kann sich hier gar nichts vorstellen“ sagen besonders junge BesucherInnen ständig. Seit Beginn des Jahres 1993 haben erstmals Jugendliche die „steinernen Zeugen“ des Holocaust sichtbar gemacht. Gruppen von Schülerinnen, Auszubildenden, Jugendverbänden haben Barackenfundamente, Lagerstraße und Feuerlöschbecken freigelegt und parallel dazu im Archiv der Gedenkstätte Fotos und Dokumente eben zu diesen Orten aufgestöbert. Viele Fundstücke kamen beim Graben zu Tage. Sowjetische Münzen, Essgeschirr, Stacheldraht usw.; Dinge die auf eine Geschichte von Menschen schließen lassen. Das „Spuren suchen, Spuren sichern“ genannte Projekt ist der Beginn, Bergen-Belsen begreifbar und erfahrbar werden zu lassen. im Mittelpunkt des Internationalen Jugendcamps vom 15. - 21.4.02 steht das „Ausgraben der Geschichte“ im ehem. KZ, im Archiv, durch Gespräche mit überlebenden Häftlingen und anderen ZeitzeugInnen. Der von den Nazis angelegte, und bis heute betriebene, größte Truppenübungsplatz Westeuropas bot genügend Platz für sowjetische Kriegsgefangenenlager und ein KZ. Das bis heute genutzte und umstrittene Militärgelände, das, erst im Landtagswahlkampf 1998 geschlossene neo-faschistische Zentrum Hetendorf, der jüngste Nazi-Mordanschlag im nahen Eschede und das neofaschistische Treiben der Celler Kameradschaft im mittleren Niedersachsen sowie die Arbeit antifaschistischer Bündnisse und Friedensgruppen der Region bieten u.a. weitere anschauliche Beschäftigung. Flüchtlinge von heute berichten über ihre Verfolgung in den Herkunftsländern und über ihre Situation und Behandlung in Deutschland. internationale kulturelle Angebote zum Thema und zur Unterhaltung stehen ebenso auf dem Programm.

Für die Teilnehmenden des Camps wird das gemeinsame Handeln in einer internationalen Gruppe aus 5 Ländern gerade an diesem Ort eine wichtige Erfahrung sein. An den Gedenkfeiern zum Jahrestag der Befreiung beteiligen sich die Jugendlichen des internationalen Jugendworkcamps zusammen mit Verfolgtenverbänden, Kirchen, Antifagruppen, Schulen, Gewerkschaften usw. An diesem Tag werden wohl die Geschütze des Truppenübungsplatzes zwischen Bergen und Fallingbostel schweigen.

Das Programm wird auf Wunsch von der DGB-Jugend zugesandt. ■

Information und Anmeldung bei:
DGB-Gewerkschaftsjugend, Niedersachsen-Bremen, H-D. Charly Braun
Dreyerstr. 6, 30169 Hannover
T. 0511-456252 oder T. 0511-1260161

Verletzt Bundesamt Gesetze?

BERLIN. Presseberichten zufolge hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge personenbezogene Daten von asylsuchenden Flüchtlingen an andere Behörden weiter gegeben und damit das Datenschutzrecht verletzt. Die Freiburger Außenstelle des Bundesamts hatte eine Flüchtlingsorganisation beschuldigt, mit ihren Aktivitäten das Rechtsberatungsgesetz zu verletzen. Zur Untermauerung des Vorwurfs gab die Behörde von sich aus Schreiben von Asylantragstellern und andere Dokumente aus Fallakten an die Strafverfolgungsbehörden weiter. Nach dem Asylverfahrensgesetz dürfen jedoch Daten allenfalls auf Ersuchen einer anderen Behörde weiter gegeben werden.

Diesen sehr freihändigen Umgang mit höchst sensiblen Daten von Menschen, die Schutz suchen, darf man nicht auf sich beruhen lassen, findet die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke. Sie hat deshalb den Fall in einer Kleinen Anfrage thematisiert und die Bundesregierung zur Stellungnahme aufgefordert. *PM PDS* ■

8.216 Abschiebungen in die Türkei trotz schwerer Menschenrechtsverletzungen

BERLIN. Trotz anhaltender Menschenrechtsverletzungen in der Türkei haben deutsche Behörden von Januar 2000 bis Oktober 2001 8.216 Flüchtlinge in die Türkei abgeschoben. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine PDS-Anfrage hervor.

Gleichzeitig bestätigt die Bundesregierung schwere Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. 154 registrierte Morde sogenannter „unbekannter Täter", 173 Todesfälle in Untersuchungsfällen und 594 registrierte Fälle von Folterung allein im Jahr 2000, 792 Folterungen in den ersten neun Monaten 2001 sind ihr ebenso bekannt wie 10 vorübergehende Schließungen von Radio- und Fernsehstationen in dieser Zeit und die Verbotsdrohungen gegen die prokurdische Partei HADEP. Auf die deutsche Türkeipolitik hat all das offenbar keine Auswirkungen. Die Abschiebungen gehen weiter, Kredite werden weiter bewilligt, Waffen geliefert. Allein von der EU erhält die Türkei als Beitrittskandidat seit 2000 jährlich rund 177 Millionen Euro Zuschüsse, außerdem bis 2004 EIB-Darlehen von 1,44 Milliarden Euro. Zur Förderung deutscher Exporte in die Türkei bewilligte die Bundesregierung im gleichen Zeitraum Ausfuhrbürgschaften von 6,2 Milliarden DM. Kritik an ihren Waffenexporten in die Türkei weist die Bundesregierung zurück: „Im Rahmen des Entscheidungsprozesses werden sowohl die Menschenrechtslage in der Türkei als auch die NATO-Mitgliedschaft besonders berücksichtigt".

Besonders gleichgültig scheint der Regierung die Pressefreiheit in der Türkei zu sein. Auf die Frage, welche Zeitungen, Zeitschriften, Verlage und Journalisten seit Aufnahme der Türkei in den Kreis der Beitrittskandidaten zur EU verboten, mit Geldstrafen belegt oder auf andere Weise verfolgt wurden, heißt es in der Antwort: „Die Bundesregierung führt keine Statistik über die einzelnen Sanktionen gegenüber Medien und Medienvertretern." ■

„Selektion" von Aussiedlern bei Versicherung beenden!

BERLIN. Nach einem vorab verbreiteten Bericht des Nachrichtenmagazins STERN hat die Stuttgarter Zentrale des Versicherungskonzerns „Die Württembergische" ihre Bezirksdirektionen in einem vertraulichen Schreiben angewiesen, keine Aussiedler in die Kfz-Versicherung aufzunehmen und bestehende Verträge zu kündigen. Inzwischen seien über 5.000 Policen gekündigt, auch von Fahrern, die seit Jahren unfallfrei am Straßenverkehr teilnehmen. Mitarbeitern werde gekündigt, wenn sie an der „Selektion" nicht teilnehmen wollen. „Hier werden Menschen ausgegrenzt, nur weil sie Aussiedler sind. Der Ausschluss von der Kfz-Versicherung hat zur Folge, dass viele von ihnen möglicherweise ihren Beruf nicht mehr ausüben können," so die innenpolitische Sprecherin Ulla Jelpke und die umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion Eva Bulling-Schröter.

„Dieser Skandal macht deutlich, wie notwendig es ist, endlich wirksame Anti-Diskriminierungs-Regelungen zu verabschieden, die auch eine Benachteiligung wegen der Herkunft oder der Staatsangehörigkeit ausschließen. Zwar gilt der Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 Grundgesetz auch im Rechtsverkehr zwischen Privaten, konkrete Sanktionen sind aber mit einer Verletzung dieses Grundsatzes nicht immer verbunden. Es muss klar und deutlich geregelt werden: Wer Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Hautfarbe oder aus ähnlichen Gründen ausgrenzt und benachteiligt, handelt rechtswidrig und wird zur Rechenschaft gezogen. Im Jahre 2002 muss die Anti-Diskriminierungs-Richtlinie der Europäischen Union umgesetzt sein. Wir werden die entsprechenden Vorschläge der Bundesregierung sehr sorgfältig daraufhin prüfen, ob sie tatsächlich zu einer Verhinderung ungerechtfertigter Benachteiligungen führt." *PM PDS* ■

„Klassenziel verfehlt! Sitzengeblieben!"

„So muss man die deutschen Ergebnisse der PISA –Studie bewerten, wenn man Chancengleichheit zur wesentlichen Aufgabe des Schulsystems erklärt", sagt Tayfun Keltek, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte NRW (LAGA). Allerdings zeigen die Ergebnisse der PISA-Studie beides: Schule auf hohem Niveau ist auch mit SchülerInnen möglich, die einen Migrationshintergrund haben oder aus unteren sozialen Schichten kommen. Allerdings eher in Schweden oder Finnland als in Deutschland. Die Frage liegt nahe: warum sind in anderen Ländern bessere Ergebnisse bei vergleichbaren Voraussetzungen möglich? Wie kann hier konkret Abhilfe geschaffen werden, ohne in Aktionismus zu verfallen?

Konkret: 20% des getesteten Altersjahrgangs haben grundlegende Probleme beim Lesen, wobei mittlerweile jeder weiß: sprachliche Fähigkeiten sind eine wesentliche Voraussetzung für Lernen und Schulerfolg. Allerdings war dieser Befund absehbar. Denn die Kenntnis über diese reale Situation hat dazu geführt, dass am 18.1. 2000 die LAGA NRW ihr Positionspapier vorgelegt hat: „Integration konkret: die Schulerfolge der Migranten verbessern!" Hauptbefund: Die Schulen sind immer noch nicht eingestellt auf die spezifischen Bedingungen, die eine Zuwanderungsgesellschaft mit sich bringt. Es fehlt an der Umsetzung von Konzepten, die Lernen in sprachlich heterogenen Klassen, darunter solchen mit SchülerInnen unterschiedlicher Muttersprachen, effektiv machen. Da liegt das eigentliche Pro-

blem, so die LAGA NRW. Die frühe Selektion nach nur 4 Grundschuljahren und das vielfache Abschieben von Migranten auf die „Restschule“ Hauptschule gehen oft an den Möglichkeiten der Betroffenen vorbei, entmotivieren viele SchülerInnen und vermitteln keine Perspektiven. Leistung wird mit Auslese verwechselt. Statt jetzt in der Auswertung von PISA die Selektion zu verschärfen und noch mehr Tests durchzuführen (etwa bei den dreijährigen Kindern), ohne zu wissen, was man denn mit den Testergebnissen anschließend machen soll, muss überlegt werden, welche Art von Unterricht und Schulstruktur wir brauchen, um mehr Chancengleichheit zu verwirklichen. Die notwendigen Schritte im Vorschulbereich ersetzen nicht schulische Konzepte.

Das Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung behandelt die Beschulung der Migranten immer noch als Außenseiterthema, und nicht als integralen Bestandteil von Schule. Praktische Schritte dürfen nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden. Die LAGA NRW ist weiterhin bereit, sie mit zu beraten, mit zu tragen und zu unterstützen.

LAGA-Stellungnahme zur PISA-Studie vom 14.12.2001, email: info@laga-nrw.de, Internet: www.laga-nrw.de ■

Seit 9 Jahren gleichbleibende Leistungen nach AsylblG weiterhin „auskömmlich“

Berlin. Da die seit 1.11.1993 unverändert geltenden Grundleistungsbeträge nach AsylblG weiterhin „auskömmlich“ seien, hat der Bundesrat u.a. mit dem Stimmen NRWs – am 20.12.01 die von der Bundesregierung vorgeschlagene Erhöhung der Leistungen nach AsylbLG um ca. 1,4 % abgelehnt und stattdessen lediglich eine Aufrundung auf den nächsten vollen Euro vorgeschlagen (Bundesrats-Drucksache 956/1/01). Die Bundesregierung war demgegenüber der Auffassung, dass eine Anpassung zwar in den Jahren 1994 bis 2001 nicht nötig war. Da aber in 2001 die Preise um ca. 2,9 % gestiegen seien, müssten zum 1.1.2002 die Grundleistungen nach AsylbLG um ca. 1,4 % angehoben werden (Bundesrats-Drucksache 956/01). Da zwischen Regierung und Bundesrat noch keine Einigung erzielt werden konnte, erfolgt die Umrechung in Euro vorerst centgenau auf Grundlage der seit 1993 geltenden Beträge, zur Umrechnung reicht ein eurokompatibler Taschenrechner.

Georg Classen, Flüchtlingsrat Berlin ■

Bundesrat fordert Verschärfung des Zuwanderungsgesetzentwurfs

Berlin. Der Innenausschuss des Deutschen Bundestages führt am Mittwoch 16.1.02 von 10 - 18 Uhr im Reichstag eine öffentliche Expertenanhörung zum Zuwanderungsgesetzentwurf durch. Die Anhörung ist öffentlich.

Die Ausschüsse des Bundesrates haben am 13.12.01 eine Liste mit insgesamt 175 Vorschlägen zur Verschärfung des Zuwanderungsgesetzentwurfs vorgelegt (Bundesratsdrücksache 921/ 1/01 v. 13.12.01). Das Plenum des Bundesrates hat am 20.12.01 der Mehrzahl der Verschärfungsvorschläge zugestimmt, während über die restlichen Vorschläge noch diskutiert wird, diese aber auch noch nicht vom Tisch sind. Ein Beispiel: Rot-Grün verhandelt mit den Ländern über massive Verschärfungen des AsylbLG. Leistungen nach § 2 AsylbLG (36 Monate Leistungsbezug vorausgesetzt) sollen nur noch an Ausländer mit humanitärem Aufenthaltstitel gewährt werden, während andere Asylbewerber und Ausländer künftig unbefristet abgesenkte Sachleistungen nach §§ 3-7 AsylbLG erhalten sollen. Dieser Hilfsempfehlung hat das Plenum des Bundesrates am 20.12.01 bereits zugestimmt. Dieser Vorschlag stammt übrigens aus dem SPD-regierten Niedersachsen, gegen den im Bundesratsinnenausschuss nur Me-Vo, Sa-Anhalt und Sl-H gestimmt haben, während Berlin, NRW und Rh-Pfalz und alle übrigen Ländern dafür gestimmt haben. In den weiteren Beratungen im Innenauschuss sowie im Bundesrat wird nun eine Kompromisslösung zwischen Bund und Ländern gesucht. Wie das Beispiel zeigt, will bereits der ursprüngliche Entwurf von Rot-Grün das AsylbLG verschärfen. Dem Bundesrat reicht das aber nicht, er will noch weitere Verschärfungen, und legt hierzu mehrere Vorschläge vor. Deshalb verhandelt Rot-Grün jetzt mit den Ländern über die vorgeschlagenen weiteren Verschärfungen des AsylbLG, d.h. die teilweise oder vollständige Streichung des § 2 AsylbLG.

Ein weiterer Vorschlag der Auschüsse des Bundesrates, über den Rot-Grün jetzt mit den Ländern verhandelt, und dem das Plenum des Bundesrates am 20.12.01 zugestimmt hat, betrifft die Verschärfung des § 1a AsylbLG „ gesetzliche Klarstellung des Leistungumfangs „Butterbrot und Fahrkarte“!“ Leistungsstreichung erfolgt künftig auch dann, wenn der Ausländer „das Ausreisehindernis selbst zu vertreten hat oder zumutbare Anforderungen zur Beseitigung des Ausreisehindernisses nicht erfüllt“! Von ähnlicher Schäbigkeit sind auch die zahlreichen weiteren Vorschläge zur Verschärfung des Zuwanderunggesetzentwurfs, über die Herr Schily jetzt mit den Ländern verhandelt.. Übrigens fordern nicht nur CDU, FDP und Rot-Grüne Länder Verschärfungen des Zuwanderunggesetzentwurfs, in einer Reihe von Fällen hat auch das Rot-Rote Mecklenburg-Vorpommern den Verschärfungsforderungen zugestimmt.

Georg Classen, Flüchtlingsrat Berlin, gekürz, Fennstr 31, 12439 Berlin FAX 030-6361198 E-mail: georg.classen@berlin.de ■

Blockade gegen Abschiebung

Bremen. In den frühen Morgenstunden des 9. Januar haben über 120 Menschen durch Straßenbarrikaden und Blockade eines Wohnhauses eine Abschiebung in Bremen verhindert.

In Bremen sind mehr als fünfhundert staatenlose Kurdinnen und Kurden aus dem Libanon seit nunmehr zwei Jahren akut von Abschiebung bedroht. Ihnen soll zum Verhängnis werden, dass sie die Türkei vor 10 oder 15 Jahren als „Transitland“ auf ihrer Flucht vor dem Bürgerkrieg im Libanon benutzt haben, sich dort für die „Weiterreise“ türkische Papiere organisiert haben, um überhaupt weiter zu kommen. Der Vorwurf des großangelegten „Asylbetrugs“, mit denen Innensenator Schulte (CDU) die staatliche Kampagne medienwirksam lostrat, hat sich längst in Luft aufgelöst. Die Strafgerichtsverfahren, in denen den Flüchtlingen Betrug vorgeworfen wurde, sind samt und sonders gescheitert. Doch die Verleumdungs- und Abschiebekampagne ist nicht ohne Widerstand geblieben. Mit Demonstrationen, Aktionen, Veranstaltungen und Flugblättern haben die Betroffenen und antirassistische Initiativen dem Propagandagetöse des In-

nensenators, seiner „Spezialeinheit“ der Bremer Polizei und der Ausländerbehörde Paroli geboten und das Bild von den „falschen LibanesInnen“ wieder gerade gerückt.

Am Dienstag, den 8. Januar 2002 bekam dann die Familie Z. ihren erneuten Termin zur Abschiebung genannt. Kurzfristig nahm die Ausländerbehörde Bremen die Mutter der 9-köpfigen Familie von der Liste, da sie in einem Attest für 4 Wochen reiseunfähig geschrieben ist. Alle anderen sollten sich am 9.1. ab 6.00 Uhr zum „Abtransport“ bereithalten. Pünktlich um 5.30 Uhr versammelten sich über 120 SchülerInnen, AntirassistInnen, AntifaschistInnen und viele andere vor dem Haus der Familie Z. in der Bremer Neustadt. Die mit Holzpaletten, Tannenbäumen und anderem Spermüll ausgestatteten FrühaufsteherInnen blockierten die Straße und die Straßenbahnschienen mit zwei ansehnlichen Barrikaden. Dann wurde ein fester Menschenblock vor den Eingängen des Einfamilienhauses gebildet, Ketten gemacht, Transparente zum Schutz gehalten und die pink-silver-formation begann vor dem Haus künstlerisch radikale Performance darzubieten. Mit Megaphondurchsagen und Flugblättern wurden NachbarInnen und der langsam einsetzende Berufsverkehr (heute ausnahmsweise nur zu Fuß – die Straße war ja dicht) über die Aktion informiert und aufgefordert, sich der Blockade anzuschließen. Die Resonanz war gut, einige Menschen blieben stehen, unterhielten sich mit den AktivistInnen und zeigten ihre Solidarität. Die Bremer Polizei war von den Aktivitäten überrascht worden. Entgegen vieler Erwartungen ließen größere Polizeieinheiten lange auf sich warten. Gegen 8.00 Uhr erst begannen Polizisten mit Unterstützung der Bremer Entsorgungsbetriebe die Barrikaden abzubauen. Kurze Zeit später wurde verkündet, dass die Ausländerbehörde und die Polizei gegenüber der Presse versichert hätten, heute fände keine Abschiebung mehr statt. Die Blockade wurde beendet. Die Familie allerdings war gar nicht mehr anwesend gewesen.

„Natürlich ist die gesamte Aktion nur ein kleiner Erfolg, die Familie soll weiterhin abgeschoben werden und alle anderen Betroffenen auch. Dennoch kann der Tag positiv bewertet werden, haben wir es doch zumindest geschafft, Sand ins Getriebe der Abschiebemaschinerie zu streuen und deutlich gemacht, dass wir eine Abschiebung unserer FreundInnen und Bekannten nicht widerstandslos hinnehmen werden“, so die Akteure. „Es bleibt abzuwarten wie sich Politik und Behörde in den nächsten Tagen verhalten werden. Der Blockadetag endete heute mit folgender Parole: Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder keine Frage!“

gekürzt, quelle: de.indymedia.org ■

Der Mythos vom guten Krieg

Der belgische Politologe Jacques Pauwels zweifelt die gängige Sicht der Rolle der USA im 2. Weltkrieg an: „In diesem Buch wird der Zweite Weltkrieg ... nicht auf konventionelle Art und Weise als Kreuzzug der USA gegen Faschismus und Militarismus, als ihr ‘guter Krieg’ präsentiert, sondern als Konflikt, in dem es um Geschäfte, Gewinne und Geld ging.“

Hitler-Deutschland stieß in den USA nicht von vornherein auf Ablehnung. Die „Große Depression“ der 30er Jahre ließ nicht wenigen Wirtschaftsbossen und Politikern der USA die Politik der NSDAP als Alternative erscheinen. Sie „sahen in Hitler ... einen Politiker mit klarem Blick, welcher sich traute, die ‘Wahrheit’ zu sagen, und einen Führer, der nicht vor den harten Maßnahmen zurückschrak, die die Situation erforderte“. Insbesondere die Ausschaltung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern kam bei US-Industriellen gut an. Lange Zeit machten US-Unternehmen profitable Geschäfte mit dem „Dritten Reich“. Für einige – wie General Motors, ITT und IBM – gingen diese Geschäfte auch im Krieg und sogar nach dem Kriegseintritt der USA weiter. Ihre Lieferungen spielten in der deutschen Rüstungsproduktion eine wichtige Rolle. Dennoch scheint Pauwels’ Wertung, ohne die Güter der genannten und weiterer Firmen „hätte der Führer von Blitzkriegen, und somit von Blitzsiegen, nur träumen können“, überzogen. Ähnlich klingt die Einschätzung amerikanischer Öllieferungen: „Die deutschen Panzer wären ohne das Benzin, das US-Erdöltrusts lieferten, niemals bis in die Vororte Moskaus gekommen.“

Wenn aber in den herrschenden Kreisen der USA Sympathien für das „3. Reich“ vorhanden und die Geschäfte mit Nazi-Deutschland ausgesprochen lukrativ waren, warum unterstützten die USA schließlich dennoch die Gegner Deutschlands und traten an ihrer Seite in den Krieg ein? „Daß sich Washington schließlich doch am Krieg gegen Hitler-Deutschland ... beteiligte, lag darin begründet, dass sich die Unterstützung von Deutschlands Feind, Großbritannien, als noch gewinnbringender erwies.“

Pauwels diskutiert weitere Aspekte: Deutschland war nicht nur Handelspartner, sondern auch Konkurrent (erwähnt wird eine deutsche Handelsoffensive in Südamerika), die Planung einer deutschen „geschlossenen Großraumwirtschaft“ ließ Befürchtungen wachsen, in einem künftig deutsch beherrschten Kerneuropa ausgegrenzt zu werden. Hier wird ein Manko des Buchs deutlich: Pauwels gewichtet die Vielzahl der Faktoren rein ökonomisch. Dass sich mit Großbritannien aus verschiedenen Gründen besser Handel treiben ließ als mit dem Deutschen Reich, mag in US-Konzernetagen und -Regierungskreisen erwogen worden sein. Wesentlicher aber noch war der deutsche Versuch der Errichtung eines Reiches, das fast ganz Europa umfasst und nicht nur den ökonomischen Ausschluss der USA aus diesem Teil der Welt bedeutet hätte. Es wäre eine hoch aggressive – und starke – Macht entstanden, die keinerlei Gewähr dafür geboten hätte, sich auf Europa zu beschränken. So betrachtet, war der deutsche Faschismus eine existenzielle Bedrohung für die USA.

Die Unterstützung durch die USA ermöglichte Großbritannien erst das Durchhalten. Finanziert durch ein Kreditsystem, das nach dem Krieg zur ökonomischen Abhängigkeit Großbritanniens von den USA führen sollte, verzehnfachten die USA ihren Export auf die Insel von 500 Mio. $ (1939) auf über 5 Mrd. $ (1944).

Die USA gingen als einzige intakte Wirtschaftsmacht aus dem Krieg hervor. Aber sie waren nicht die einzige Weltmacht: Die UdSSR und ihre Staatenwelt wurden nach dem Kriegsende schnell zum neuen Feind im „Kampf der Systeme“. In dieser Auseinandersetzung fand auch der westliche Teil Deutschlands seinen Platz. Den USA gelang es, in „ihrem“ Teil der Welt sämtliche Nationalökonomien der US-Industrie zu öffnen. Dies wurde, neben der durch den Krieg entstandenen hohen Verschuldung Großbritanniens, durch den Marshallplan erwirkt, der zur Bedingung für Hilfsleistungen die Akzeptanz des Paradigmas der „open door“-Ökonomie war.

Ausführlich diskutiert Pauwels die Frage, warum die „2. Front“ in Europa, die Stalin so dringend brauchte, erst 1944 mit der Landung in der Normandie eröffnet wurde. Die offizielle Begründung des Jahres 1942, man habe noch nicht ausreichend Kräfte für ein Landungsunternehmen vor Ort, hält Pauwels für einen Vorwand, in Wirklichkeit wollte man die Sowjetunion weiterhin die Hauptlast des Krieges tragen lassen, um selbst weniger Verluste zu erleiden, aber auch, um damit die UdSSR zu schwächen, weil man schon für die Nachkriegszeit plante und klar war, wie die Fronten dann (wieder) verlaufen würden.

Ohne dieses wesentliche Motiv anzweifeln zu wollen, ist es doch erforderlich, die Argumente für die Zurückhaltung zumindest zu erwägen, denn völlig lassen sie sich nicht von der Hand weisen. Die westlichen Alliierten entschieden sich für Operationen in Nordafrika, um von dort aus sowohl Italien bedrohen als auch antideutsche Aufstandsbewegungen in Südosteuropa unterstützen zu können. Für das Nachgeben der USA in dieser Frage gab es durchaus militärische Gründe neben der schlichten Weigerung der Briten, solch ein Unternehmen anzugehen: Es bestanden außerordentliche logistische und militärische Schwierigkeiten für eine Landung; auch die schließlich erfolgte Invasion ab dem 6. Juni 1944 stand zeitweilig auf der Kippe, obwohl Deutschland schon erheblich geschwächt war. Gelingen konnte sie v.a. wegen Treibstoffmangels bei der Wehrmacht und der Lufthoheit der Alliierten, wodurch Deutschland nicht ausreichend Truppen zur Sprengung der Brückenköpfe nachführen konnte - beides Bedingungen, die Mitte 1942 noch nicht gegeben waren. In Rechnung zu stellen ist außerdem, dass die US-Kriegsproduktion erst Ende 1942 auf Hochtouren lief.

Das Beispiel zeigt eine Problematik dieses Buches auf: Der US-Politik eine schlechte Motivation zu unterstellen, wofür es zumeist gute Gründe gibt, hat bei Pauwels schon obsessive Züge, wodurch die sachliche, faktengenaue Diskussion dieser Politik hinter des Autors Abneigung gegen die USA verschwindet. Dazu kommen einige Merkwürdigkeiten, wie die durchgängige Verwendung des Wortes „Yankees“ und die zustimmende Zitierung A.J.P. Taylors, einem der frühen Geschichtsrevisionisten, die dazu beitragen, dass das Buch den Leser mit gemischten Gefühlen zurücklässt. *F* ■

Jacques Pauwels: Der Mythos vom guten Krieg. Die USA und der 2. Weltkrieg, PapyRossa, Köln 2001, 302 S., 16,50 EURO

Die Fähigkeit, stehen zu bleiben

Ausstellung über Milena Jesenská im Tschechischen Zentrum München

Milena Jesenská, in Deutschland vor allem bekannt als Adressatin von Kafkas berühmten „Briefen an Milena“, war selbst eine hervorragende Journalistin, die in den 1920-er und 1930-er Jahren Hunderte von Feuilletons, Artikel und Reportagen in tschechoslowakischen Zeitungen schrieb. Die Kultur des täglichen Lebens, die Beziehungen der Menschen zu einander und ihr Umgang mit einander, das waren ihre Themen, ebenso aber auch die Folgen der „großen Politik“ für die „kleinen Menschen“. Unabhängig dachte sie, unkonventionell lebte sie, unerschrocken mischte sie sich ein. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Nazis rettete sie, zusammen mit anderen Antifaschisten, zahlreichen Verfolgten das Leben, nahm sie in ihrer Wohnung auf, versorgte und versteckte sie, bis sie über die Grenze nach Polen (dem einzigen noch verbliebenen Schlupfloch nach England) gebracht werden konnten. Auch an der Verbreitung illegaler Literatur war sie beteiligt. Im November 1939 deswegen verhaftet und, nach endlosen Gestapo-Verhören, in Dresden vor Gericht gestellt, musste sie „mangels Beweisen“ freigesprochen werden. Das aber bedeutete keineswegs Entlassung und Rückkehr zu ihrer kleinen Tochter Jana, sondern die Einweisung ins Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück, wo sie am 17. Mai 1944 an einer Nierenerkrankung starb.

„Die Fähigkeit, stehen zu bleiben“ lautet das Motto einer Ausstellung über Milena Jesenská, die am 6.12. im Tschechischen Zentrum München eröffnet wurde. Nach einer kurzen Einführung durch den Leiter des Zentrums las Jaromír Konečný mehrere Texte von ihr. Nach einigen sehr ernsten Texten – darunter „Es geht über unsere Kräfte“ vom 12. Oktober 1938, in dem M.J. die verzweifelte Lage der Tschechoslowakei sowie der Flüchtlinge aus Deutschland und aus den besetzten Grenzgebieten nach dem Münchner Diktat vom 29./30. September 1938 schildert und England und Frankreich auffordert, nun wenigstens ihre Grenzen für die Flüchtlinge zu öffnen – folgte schließlich eins der Feuilletons („Direktzug Prag – Wien“), in denen M.J. witzig und scharfzüngig ihre Mitmenschen aufs Korn nimmt, so dass sich die etwas bedrückte Stimmung, die sich vorher eingestellt hatte, schließlich in heiteres Gelächter auflöste. Das Tschechische Zentrum München hofft, im Januar oder Februar 2002 noch einmal eine Veranstaltung durchführen zu können, in deren Mittelpunkt Milena Jesenská steht. Bis dahin ist die Ausstellung in den Räumen des Zentrums in der Prinzregentenstraße 7 (zwischen Nationalmuseum und Friedensengel; Bus 53, Haltestelle Reitmorstraße) zu sehen. *Renate Hennecke* ■

Milena Jesenská: Alles ist Leben. Feuilletons und Reportagen 1919 – 1939

btb-Taschenbuch
ISBN 3-442-72499-6
DM 18,00

Wegen wechselnder Öffnungszeiten bitte vorher anfragen, wann jemand da ist: Tel. 089-2102-4932 oder 0160-91905145, Fax 089-2102-4933, E-mail: ccmunich@czech.cz.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach

Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Geostrategen und Koofmichs

Criticon, Nr.172, Winter 2001

Deutschland muss wieder weltweit Kriegspolitik betreiben, das fordert der „Verantwortliche Redakteur“ *Alexander Schmidt* im „Editorial“. Unter der Überschrift „Deutschland und Amerika – eine Hassliebe aus Unzulänglichkeit“ behauptet Schmidt, das frühere militärische Großmachtstreben der Herren in Deutschland sei doch genau das Richtige gewesen: „Denn tatsächlich ist die Kritik an der weltweiten Durchsetzung amerikanischer Interessen scheinheilig. Solange Deutschland in der Lage war, dies ebenso zu tun, handelten wir nicht anders. Warum auch? Es gibt in der herrschenden politischen Theorie keine Gründe, warum Außenpolitik nicht eigenen nationalen Interessen dienen sollte.“ Schmidts „sollte“ deutet darauf hin, dass der letzte großdeutsche Überfall auf die meisten anderen europäischen Staaten mit einer umfassenden Niederlage endete. Dabei formuliert Schmidt mit den Worten „wir handelten“, dass er sich im Geiste an der Seite der Nazi-Wehrmacht marschieren sieht. Die 50 Millionen Tote als Ergebnis der letzten weltweiten deutschen Militärpolitik verbucht Schmidt unter die Rubrik „Na und“ und schreibt: „ ... handelten wir nicht anders. Warum auch?“

Wegen des letzten Desasters in Fragen der militärischen Außenpolitik Deutschlands hat er sich einen schon bekannten Spruch ausgedacht: „Von Amerika lernen heißt siegen lernen.“ Schmidts Anweisung für die Leserinnen und Leser: „ ... denn konservativ zu sein, heißt in besonderem Maße eins: bestehende Strukturen und Kräfteverhältnisse anerkennen, um darin aufzusteigen, anstatt durch Umwälzungen dem Chaos die Bahn zu bereiten.“

In einen Anfängerkurs für deutsche Geostrategie führt *Andreas Wisuschil* ein. Wisuschil wird von criticon vorgestellt als „Vorsitzender der Akademie für Geostrategie e.V.“ Unter der Überschrift „Die Europäische Union und der Staat Israel. Geostrategie und das EU-Beitrittsverlangen Israels“ breitet Wisuschil aus, was er sich in der Akademie e.V. so zusammenreimt an wissenschaftlichen Gesetzen: „Die geographische Grenze Europas im Süden und Südosten bildet die Verkehrsfläche des Mittelmeeres (...) Eine Verkehrsfläche macht nur dann Sinn, wenn man von einer Küste zur anderen gelangen kann, also an der Gegenküste über Stützpunkte verfügt.“ (Das „also Stützpunkt“ kommt wohl kaum von dem Wort „Verkehrsfläche“ her. Das Verlangen nach „Stützpunkt muß her“ folgt eher aus Wisuschils militärischem Wunschdenken). Wisuschil folgert messerscharf weiter und findet „Grundgesetze“: „Demnach rücken die jeweiligen Gegenküsten in das Augenmerk der Anrainerstaaten. Der Drang zur Gegenküste ist deshalb ein altes geopolitisches Grundgesetz (...) Am Grenzverlauf zwischen Ägypten und Israel manifestiert sich ein weiteres geopolitisches Gesetz: nämlich das Streben eines Flussmündungsstaates, die gesamte Flussmündung sowie die Gegenküste des Deltas als sein Staatsterritorium zu beherrschen.“ Diese Manifestation des Sehers Wisuschil passt schön in seinen Plan der deutschen Vorherrschaft: „Israel ist zwar rein physio-geographisch zu Vorder-Asien zu zählen, muß jedoch wegen seiner Küstenlage am Mittelmeer zur europäischen Gegenküste und damit zum natürlichen Einflussradius Kontinentaleuropas gerechnet werden.“ Ein kleineres Problem gibt es aber noch. Bisher ist noch zu wenig bekannt, dass die Bundesrepublik Anrainerstaat des Mittelmeeres ist. Das löst Wisuschil mit den Worten „damit auch“, die ja als Schlussfolgerung dienen: „Dieser Umstand bedingt, daß eine europäische und damit auch deutsche Geostrategie diesem Land seine Aufmerksamkeit widmen muß.“

‚Criticon‘ wird sicher an den Stützpunkten des Akademievorsitzenden dranbleiben.

Um aufzusteigen, wie es sich der Verantwortliche Redakteur wünscht, braucht es nicht wenig Geld. Der Herausgeber *Gunnar Sohn* und der Redakteur Schmidt haben einen Weg zu mehr Geld gefunden. Anzeigenkunden, die eine großformatige Anzeige bezahlen, haben damit zugleich einen Artikel des Herausgebers bzw. des Redakteurs gekauft. Am Anfang der Seite 11 schreibt Sohn, im Zusammenhang einer Kritik an Scholl-Latour: „Dazu bemerkte sehr treffend Reginald Rudorf vom Mediendienst ‚rundy‘ (...)“. Am Ende der Seite 11 schließt Sohn mit: „Soweit die Ausführung von Rudorf.“ Auf den folgenden Seiten 12 und 13 hat eben dieser „rundy“-Dienst eine zweiseitige Anzeige platziert. Auf der Seite 18 hat die Firma Herhof, Restmüll-Verwertung, eine ganzseitige Anzeige veröffentlicht. Gekauft ist gekauft: *Alexander Schmidt* schreibt auf den Seiten 23 und 24 den gewünschten redaktionellen Artikel, „Exportschlager Trockenstabilat: Herhof-Technik nun auch für den Großraum Venedig“. Alles im Dienste der criticon-Kampagne: „Rettet den Mittelstand“? Für das Ressort „Anzeigen“ ist Jutta Sohn verantwortlich.

Sohn berichtet auf Seite 9, dass der Kölner Soziologe Erwin K. Scheuch einen Gracian-Preis bekommen hat, verliehen in München von der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung. Scheuch wurde in Köln bekannt, als er vor einer rechten Bürgervereinigung forderte, dass die Kommunalpolitik nicht mehr von demokratisch kontrollierbaren Gewählten bestimmt werden solle, sondern von Experten, die nicht gewählt, sondern von den ansässigen Konzerninteressenten bestimmt werden sollten. Der Kritik an seiner konservativen gegendemokratischen Position versucht Scheuch dadurch zu entkommen, so berichtet zustimmend Sohn, dass er seinen Kritikern unterstellt: „Links und die beiden Gegenbegriffe konservativ oder rechtsaußen (...) seien Tabubegriffe, welche die Herrschaft von Linken erleichtern sollen.“ Wenn Professor Scheuch weiter Experten vorschlagen sollte: Als Experte für redaktionelle Artikel, die nicht als tatsächliche Firmenwerbung für Anzeigenkunden gekennzeichnet sind, hat Sohn seine Verdienste.

gba ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 - 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507